

CHRISTIN
CHRIST UND
CuS
SOZIALISTIN
SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
5,- DM

50. Jahrgang

März
1997

1/97

Udo Fleige

Religionsunterricht in Zeiten des nachkirchlichen
Christentums

Guido Dia

Diese Macho-Türken
Hintergründe eines Kulturphänomens

Rainer Pink

Berufliche Bildung wohin?
Ein Erfahrungsbericht aus der Berliner Schulpraxis

Hans-Jürgen Benedict

Sozialarbeit nach dem „Sieg“ des Kapitalismus

Harald Ihmig

Diakonie als Kundenservice?

Christa Peter

Zum Gedenken an Marie Hirsch

Impressum

CuS – Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD) e.V.:

Wolfgang Lünenbürger, Hamburg

Dr. Martina Ludwig,
Friedrichroda/Thüringen

Florian Hars, Hamburg
Erscheinungsweise vierteljährlich

Bezugspreis jährlich DM 20,-
(Ausland DM 25,-) incl. Porto
Zahlungen zu Beginn des Jahres bitte
an den Bund der religiösen
Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD),
Postgiroamt Dortmund
189 389-464 (BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch
zugesandt. Förderabo DM 30,- oder
mehr. Beiträge über DM 20,- sind als
Spende steuerlich absetzbar.

CuS – Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist kooperiert
mit »Neue Wege«, Zürich.

Redaktion:

Christa Peter (Geschäftsführung)

Fechnerstr.18, 10717 Berlin

Tel./FAX 030/8612034

Udo Fleige, Tübingen

Jürgen Gorenflo, Karlsruhe

Matthias Nauwerth, Ellerbek

Dr. Ulrich Peter, Berlin

Abonnements und Retours:

BRSD c/o Dr. Martina Ludwig,

Max Küstner-Str.10

99894 Friedrichroda.

Tel. 03623/200095

Kündigungen werden zum
Jahresende wirksam

Layout: Andreas Hesse, Berlin

Repro: Umbruch, Berlin

Druck: Hephata-Werkstätten, Mön-
chengladbach

Hergestellt auf Umweltschutzpapier

ISSN-0945-828X

Inhaltsverzeichnis:

Oliver Wildner Meditation zur Jahreslosung	4
Udo Fleige Religionsunterricht in Zeiten des nachkirchlichen Christentums	5
Der ganz alltägliche Wahnsinn	13
Guido Dia Diese Macho-Türken Hintergründe eines Kulturphänomens	16
Rainer Pink Berufliche Bildung wohin? Ein Erfahrungsbericht aus der Berliner Schulpraxis	29
Prüfungsordnung 1997 – eine Satire	33
Hans-Jürgen Benedict Sozialarbeit nach dem „Sieg“ des Kapitalismus	34
Harald Ihmig Diakonie als Kundenservice? Zu Marktorientierung und Eigensinn der Diakonie (Teil 1)	43
Christa Peter Zum Gedenken an Marie Hirsch	47
Bücher, die uns interessieren Heinz Röhr, Der Ruf der Religionen. Ausgewählte Aufsätze	52
Einladung zur BRSD-Jahrestagung	54
Kirchentag Leipzig	54

Editorial

Dieses Heft hat einen ungewöhnlichen Schwerpunkt. Bildungs- und Sozialarbeit kam bisher in CuS eher am Rande vor, obwohl die Mehrzahl der Redaktionsmitglieder, wie auch der Leserinnen und Leser, aus diesen Bereichen kommt.

In diesem Heft geht es um unterschiedliche Felder pädagogischen Handelns. Udo Fleige setzt die seit Jahren in CuS geführte Debatte zum für und wider des existierenden Religionsunterrichts mit einem Bericht aus Baden-Württemberg fort und knüpft an aktuelle Entwicklungen zum RU in anderen Landeskirchen an. Aus der Praxis der Berliner evangelischen Berufsschularbeit wird die Erfahrung mit jungen Türken reflektiert. Die in Berlin geborene und aufgewachsene „3. Generation“ paßt nicht in unser Bild des „ausländischen Arbeiters“ und erst recht nicht in das Wunschbild einer konfliktfreien „multikulturellen“ Gesellschaft. Dieses „Anderssein“ verständlich zu machen ist das Anliegen des Textes von Guido Dia.

In den letzten Ausgaben von CuS haben wir uns mit der Entwicklung der beruflichen Bildung vor allem unter dem Blickwinkel der Jugendarbeitslosigkeit und der weniger werdenden Ausbildungsplätze beschäftigt. In diesem Heft füllt der Beitrag des Berliner Berufsschullehrers Rainer Pink eine von uns unbearbeitet gelassene Lücke der Darstellung. Was hat sich eigentlich auf der subjektiven Ebene bei den Auszubildenden verändert und wie wirken sich diese Veränderungen zusammen mit der ständigen Verschlechterung der staatlichen Rahmenbedingungen bei den Lehrenden aus?

Was für den Staat gilt, trifft leider auch für unsere Kirchen zu. Hier wird die staatliche Sparpolitik mitvollzogen. Caritas und Diakonie standen ursprünglich in der Tradition christlicher Liebestätigkeit und sollten/wollten die Menschenfreundlichkeit Gottes bezeugen und die Welt mit diesem Geist durchdringen. Salz der Erde! Wie anachronistisch klingt dies in Zeiten der Effektivität, des Controlling, der „Kundenorientierung“ und der Pflegemodule. Wir haben zwei Beiträge zur Veränderung von Sozial- und diakonischer Arbeit ins Heft genommen. Beide Autoren kommen aus der Hamburger Tradition des „Rauhen Hauses“. Wir fanden, daß ihre Gedanken, Analysen und Perspektiven wert sind, unseren LeserInnen vorgestellt zu werden.

Mit dieser Nummer tritt CuS in einen neuen Jahrgang ein, den 20. Jahrgang der Neuen Folge. Dennoch steht erstmals auf der Titelseite 50. Jahrgang. Wollen wir uns mit Gewalt älter machen in einer Zeit, in der der Kult der Jugendlichkeit zelebriert wird? Wir haben uns in der Redaktion dazu entschlossen, weil seit vielen Jahren das Konkurrenz-CuS mit seinem gelbem Umschlag verschwunden ist und wir deutlich machen wollen, daß es, wenn auch mit Höhen und Tiefen, eine Kontinuität des religiösen Sozialismus in Deutschland und seines Organs, CuS, gibt.

Eure Redaktion

„Denn was nützte es dem Menschen, die ganze Welt zu gewinnen, wenn er dafür sich selbst verlieren oder zu Grunde gehen müßte?“ (Lukas 9,25)

Ein opulentes, überbordendes, aber erst einmal auch fremdes Spannungsbild mutet uns diese Jahreslosung 1997 zu.

Denn wer von uns steht schon materialiter in der Gefahr, „die ganze Welt zu gewinnen“, diesen Globus zu beherrschen, oder wenigstens König von Deutschland zu werden, wie es Rio Reiser vor einigen Jahren scherzhaft besang?

Die zweite Hälfte des Bildes hingegen ist uns wesentlich vertrauter; schließlich erleben wir zunehmend auch in unserem Land, daß die Zahl derer, die sich selbst verlieren oder zu Grunde gehen, materiell wie psychisch, immer größer wird: laut offizieller Arbeitslosenstatistik 4,7 Millionen Menschen, rechnet mensch jedoch die Zahl der anderweitig an den Rand Gedrängten hinzu, sind es 8-10 Millionen Menschen.

So müssen wir unseren Blick also schärfen und von einem platten Vergleich unserer individuellen materiellen Lebenssituation mit dem Bild vom „Welt gewinnen“ absehen. Denn der Kern dieser Jesusaussage ist ja, daß, wenn ein Teil der Menschenfamilie sich selbst verliert oder zu Grunde geht, dies die Folge davon ist, daß ein anderer Teil dabei ist, die ganze Welt zu gewinnen, d.h. sie sich ohne Rücksicht auf Verluste untertan zu machen, wie ein totalitärer Despot.

Eine Freundin aus Nicaragua, eine einfache Frau vom Lande, die in einem Dorf ohne elektrischen Strom und fließend Wasser lebt, beobachtete anläßlich ihres Berlin-Besuchs, für mich sehr eindrücklich, den Tun-Ergehens-Zusammenhang unseres Losungstextes von ungezügelter Weltgewinnungsstreben und sich selbst verlieren bzw. zu Grunde gehen: Gigantische Bauvorhaben rund um den Potsdamer Platz – die ihr wie der Turmbau zu Babel erschienen – und ein mythisches Lichtermeer beim Blick vom Fernsehturm auf das nächtliche Berlin auf der einen Seite, Plattenbausiedlungen, dichtgemachte Jugendclubs, marode, schlecht ausgestattete Schulen und vor allem sich überflüssig und frustriert fühlende Menschen auf der anderen.

Der Auslöser für die Haltung des „die ganze Welt gewinnen Wollens“, des über andere Menschen, Natur und Tiere herrschen-Wollens, liegt, so Drewermann, in der grenzenlosen Angst der Herrschsüchtigen, ähnlich beschreibt ihn Tillich als Entfremdungserfahrung von Gott, Welt und eigenem Selbst.

Daß diese Erfahrungen nicht die letztgültige Realität sind, sondern daß die göttliche Kraft der Liebe uns beziehungs-fähig macht und so den Kreislauf von kompensatorischer Herrschsucht und Zerstörung unserer selbst wie der anderen durchbricht, ist das Zeugnis des Lebens Jesu.

Und auch wir sind befreit dazu, ein solches Leben zu wagen – obwohl und gerade weil unsere kapitalistische industrielle Gesellschaft dem Kreislauf von Herrschsucht und (Selbst-) Zerstörung huldigt.

Gegen alle Widerstände und Verzagtheiten, die einem solchermaßen befreiten Leben entgegenstehen, wünsche ich Euch/Ihnen und uns als Bund für das Jahr 1997 Gottes Segen, Mut, Kraft und gegenseitige Unterstützung.

Oliver Wildner

Udo Fleige

Religionsunterricht in Zeiten des nachkirchlichen Christentums

So wie er ist, wird er nicht bleiben, der Religionsunterricht (RU), der die Schülerinnen und Schüler in der Mehrzahl der Bundesländer schön säuberlich getrennt nach Konfessionen unterweist. Schon jetzt werden – illegal – an weiterführenden Schulen zwanzig Prozent der Religionsstunden in konfessionell gemischten Religionsgruppen erteilt, an Berufsschulen liegt der Prozentsatz

bei ca. 80%. Zumindest im Bereich der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) ist das so, das ergab eine Erhebung der EKHN in Hessen und Rheinland-Pfalz, deren Ergebnis die EKHN selbst überraschte. Dieser ökumenische Religionsunterricht findet auf Wunsch von Schulleitungen, Lehrerkollegien und Elternbeiräten statt, und es läßt sich „nicht länger leugnen, daß die schulische Wirklichkeit sich in den letzten Jahren immer mehr vom gegebenen Rechtszustand fortbewegt“, stellt der Ausschuss der EKHN in seinem Bericht für die Synode der EKHN im Dezember 1996 fest.

Ich bin überzeugt, daß ein ökumenischer RU – so utopisch dieser im Moment auch noch erscheint, weil nicht nur die katholischen Bischöfe auf Konfessionstrennung beharren – ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung ist, aber gleichwohl noch kein hinreichender, daß er eher ein Intermezzo als die endgültige Zukunft des Religionsunterrichtes darstellen wird. Zukunftsweisender erscheint mir dagegen die Diskussion in Brandenburg, auch wenn das dort jetzt eingeführte Fach LER (Lebensge-



staltung-Ethik-Religionskunde) möglicherweise noch nicht der Weisheit letzter Schluß ist.

(Kein) Grund zur Sorge?

Sicher ist: Baden-Württemberg ist nicht Brandenburg; und was für Brandenburg gut ist, muß nicht unbedingt auch für Baden-Württemberg ratsam sein. Deshalb hat der in der württembergischen evangelischen Landeskirche für den Religionsunterricht zuständige Oberkirchenrat Hansgeorg Bauer (ein Stück weit) durchaus recht, wenn er auf die Frage: „Hat denn die Kirche [...] in Württemberg Sorge, daß auch hier Hand an den Religionsunterricht gelegt wird?“ antwortet: „Nein. Der Religionsunterricht befindet sich in Baden-Württemberg auf einer sicheren rechtlichen und klaren inhaltliche Grundlage. Er ist anerkannt, das beweisen nicht zuletzt die geringen Abmeldezahlen vom Religionsunterricht. Insofern sehe ich den Religionsunterricht in unserem Bundesland durch den LER in Brandenburg nicht gefährdet.“ (Inter-

view im Süddeutschen Rundfunk, SDR 1 aktuell, 15.5.1996)

Ein wenig kommt mir diese Aussage jedoch vor, wie das sprichwörtliche Pfeifen im Walde: Niemand bestreitet ja, daß der RU in Baden-Württemberg auf einer sicheren rechtlichen und inhaltlichen Grundlage steht. Und ist es nicht so, daß wir uns Sorge machen sollten?! Daß wir es in dieser Frage zu tun haben „mit einer bildungspolitischen Streitfrage, in der die Streitlinien horizontal und vertikal und schräge durch die große Bundesrepublik Deutschland laufen“? „Vermutlich ist Brandenburg nur Vorreiter in einer Angelegenheit, die auf alle anderen Bundesländer ebenso zukommt. Es bestünde so auch die Chance, die Sache exemplarisch und sachgemäß zu diskutieren – gar modellhaft zu entscheiden und zu praktizieren.“ – So Rolf Wischnath von der evangelischen Kirchenleitung in Berlin-Brandenburg (a.a.O. S. 414).

LER, das ist das neue Pflichtfach „Lebensgestaltung - Ethik - Religionskunde“ in Brandenburg, das den traditionellen konfessionellen Religionsunterricht abgelöst hat, der in den meisten anderen Bundesländern (noch?) praktiziert wird, und gegen LER setzen sich die evangelische und die katholische Kirche energisch zur Wehr. Das (bundesweit einmalige) Fach wurde mit dem Schuljahr 1996/97 an 71 Schulen Brandenburgs eingeführt. Mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe reagierten Anfang Juli 1996 die evangelische und die katholische Kirche, unterstützt von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Kardinal Georg Sterzinsky aus Berlin, und die katholischen Bischöfe Leo Nowak/Magdeburg und Rudolf Müller/Görlitz riefen Eltern und Schüler/-innen auf, bei den Schulleitungen eine Befreiung von LER zu beantragen. Das ist rechtlich möglich, „wenn ein wichtiger Grund dies rechtfertigt“. Etwa 100 der betroffenen 13.500 Schülerinnen und Schüler Brandenburgs,

weniger als 1%, folgten dem Aufruf und haben von diesem Recht Gebrauch gemacht. (KNA 16.9.96) Damit liegen die Abmeldezahlen von LER in Brandenburg unter den Abmeldezahlen vom RU im frommen Baden-Württemberg und anderswo. Die „verschwindend geringe Zahl“ zeige die hohe Akzeptanz des Faches LER, so Wolfgang BIRTHLER, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Potsdamer Landtag. (Frankfurter Rundschau, 17.9.96)

Nachkirchliches Christentum: Auf dem Weg zur „Minderheit mit Zukunft“

„Nachkirchliches Christentum. Der lebende Jesus und die sterbende Kirche“, so heißt das 1996 in 3. Auflage im Econ-Verlag erschienene Buch von Rupert Lay, Jesuitenpater und ordentlicher Professor für Philosophie. Rupert Lay schreibt: „Es soll hier nicht etwa von dem absoluten Ende jeder europäischen Kirche das Wort geredet werden, sondern nur dem relativen der Bedeutungslosigkeit. Kirchen werden vermutlich noch Jahrhunderte lang bestehen – aber es werden Kirchen im Getto sein. [...] Dieser Sachverhalt ist soziographisch vergleichsweise einfach zu belegen“. Lay verweist auf die steigende Zahl der Kirchenaustritte und auf eine 1994 veröffentlichte holländische Studie „Säkularisierung in den Niederlanden 1966-1991“, die aufzeigt, daß von 1958 bis 1991 die Zahl der Kirchenmitglieder von 76% auf 43% sank. (Rupert Lay, a.a.O. S. 55ff)

Auch in Deutschland ist diese Tendenz der Säkularisierung nicht zu übersehen, und die niedrigen Austrittszahlen („Es gibt keine rückgehenden Teilnehmerzahlen, unsere Abmeldungen vom Religionsunterricht sind gering, sie liegen zwischen 4% und 3,5% im Landesdurchschnitt, es gibt keinerlei steigende Tendenz in den Abmeldezahlen.“ Oberkirchenrat Hansgeorg Bauer,

Der Kampf um die Schule



Rüdiger Eichard: „Betragen – heißt mangelhaft!“

Stuttgart, SDR 1, 15.5.1996) aus dem Religionsunterricht sprechen nicht dagegen.

In Baden-Württemberg haben sich im Schuljahr 94/95 durchschnittlich 6,0% der evangelisch und römisch-katholisch getauften GymnasiastInnen vom Religionsunterricht abgemeldet; 82% aller Schüler/-innen der Gymnasien nahmen entweder am evangelischen oder römisch-katholischen Religionsunterricht teil¹. Die Zahlen in NRW, wo es (noch) kein „Ersatzfach“ gibt – (die Schüler/-innen der Mittelstufe, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, haben unterrichtsfrei) – sehen übrigens nicht so viel anders aus: Dort waren im Schuljahr 1995/96 durchschnittlich 5,8% der evangelisch und römisch-katholisch getauften Schüler/-innen aus dem Religionsunterricht ausgetreten; 81,7% aller Schüler/-innen nehmen am Gymnasium am evangelischen oder römisch-katholischen Religionsunterricht teil, durch Unterrichtsausfall reduziert sich die Zahl allerdings auf de facto 77,8%.²

Aber es sind in diesem Zusammenhang auch andere Dinge zu bedenken: Es ist nicht erstaunlich, daß so viele (auch konfessionslose) Schüler/-innen am Religionsunterricht teilnehmen: Die Eltern wünschen eine Werteerziehung und eine religiöse Grundbildung, aber der konfessionelle RU hat an Deutschlands Schulen praktisch das Monopol auf diesem Gebiet. Es wird entweder gar keine Alternative angeboten (wie derzeit noch in NRW) oder nur eine zweitklassige wie in Baden Württemberg (und anderswo), wo das Fach Ethik ausdrücklich als „Ersatzfach“ bezeichnet und behandelt wird: Es gibt zum Beispiel keine grundständige Ausbildung für Ethik-Lehrkräfte; das Fach wird erst ab Klasse 8 eingeführt, d.h. es ist für die Schüler/-innen und Eltern ein nicht vertrautes Fach; man kann im Ersatzfach Ethik keine schriftliche Abiturprüfung ablegen, wohl aber in evangelischer und katholischer Religionslehre. –

In Baden-Württemberg werden die evangelischen Schüler/-innen zudem von ihren Gemeinde-PfarrerInnen nicht selten unter mehr oder weniger starken Druck gesetzt: Ohne Teilnahme am Religionsunterricht keine Teilnahme am Konfirmandenunterricht. Im Klartext heißt das für die Jugendlichen: Ohne RU keine Konfirmation, keine Feier (und keine Geschenke)....

Und es sind auch andere Zahlen zu bedenken. So habe ich z.B. an meiner Schule in einer kleinen schwäbischen (Universitäts-) Stadt immer mehr Religionsgruppen, in denen bis zur Hälfte der Schüler/-innen nicht getauft ist und sich auch nicht taufen und konfirmieren lassen will. Und die, die sich konfirmieren lassen, sagen zu 90%: Wir tun das, weil „man das so macht“, „weil es dazugehört“, weil es die Eltern und Großeltern so möchten, weil man auf die Familienfeier (und Geschenke und Geld) nicht verzichten möchte, weil es (in Westdeutschland) keine Alternative zur Konfirmationsfeier gibt.....

Feier, Geschenke und Familientradition üben offensichtlich immer weniger Einfluß aus. Marie Veit, emeritierte Professorin für Religionspädagogik aus Marburg, schreibt: „[Die Kirche] verliert immer weiter Mitglieder. In meiner Wohngemeinde, bevölkerungsreichster Stadtteil Marburgs, haben wir dieses Jahr noch acht Konfirmanden. Und die Verluste, die dem Mutterland der Reformation, der früheren DDR, geschehen sind, die werden wohl kaum wieder aufgeholt werden können. »Minderheit mit Zukunft«, so lautet die Selbstbestimmung der ostdeutschen Kirchen.“ (In: Junge Kirche 7/8/1996, S. 386)

Nicht nur in den Niederlanden und in Ostdeutschland befinden sich die Kirchen und der christliche Glaube auf dem Weg in die Minderheit: „Gott verlor die Mehrheit. Zum erstenmal gibt es in Deutschland mehr Atheisten (»Ich glaube nicht, daß es Gott gibt«) und Agnostiker (»Ich weiß

nicht, ob es Gott gibt«) als Gottgläubige.“ (Spiegel 52/1996) Bei dieser Umfrage, die der SPIEGEL 1996 vom Bielefelder EMNID-Institut durchführen ließ, sagten nur noch 45% der Deutschen: „Ich glaube, daß es Gott gibt“; 1992 waren es bei EMNID noch 50% gewesen. „Vom Frühjahr 1992 bis Ende 1996 haben dreieinhalb Millionen Deutsche den Glauben an Gott verloren [...]“ (SPIEGEL a.a.O.)

Nach einer Umfrage des FORSA-Institutes vom Frühjahr 1994 glauben von einhundert 24-29jährigen Deutschen 57 an Gott; genauer gesagt: 27 von 100 glauben „an eine Gottheit“, 30 „an den christlichen Gott“ und 42 glauben gar nicht an Gott (Die Woche, 19.5.1994).

Um die Glaubwürdigkeit der Kirchen ist es leider noch schlechter bestellt: Nach einer EMNID-Umfrage unter 14-29jährigen jungen Deutschen über die Glaubwürdigkeit von Institutionen landeten Kirchen (und politische Parteien) weit abgeschlagen hinter Greenpeace, Amnesty International und den Gewerkschaften bei unter 10%. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.11.1994) Eine Studie der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung, durchgeführt in Bayern von der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung INRA aus Mölln, bestätigt diese Tendenzen: Befragt, wer im bisherigen Leben bei der Vermittlung von Werten und Grundüberzeugungen eine Rolle gespielt hat, taucht die Kirche nur im geringen Umfang auf, Politiker und Kirchenvertreter werden weit unter dem Durchschnitt als Vorbilder genannt. Auf die Frage, wer nach Ansicht der Jugendlichen in Zukunft eine größere Rolle bei der Wertsetzung spielen sollte, stoßen vor allen Dingen Kirche, Politik und Medien auf Ablehnung. (Frankfurter Rundschau, 25.11.1996)

Zwar waren im pietistisch geprägten Baden-Württemberg am 31.12.1995 noch 83% der Bürger/-innen evangelisch oder römisch-katholisch getauft³, bundesweit

waren es aber nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (1993)⁴ nur noch 56 von 81 Millionen BundesbürgerInnen (= 69%), in Hamburg (1987) noch 58,8%⁵, in Berlin (1994) von den 3,4 Millionen EinwohnerInnen noch knapp 1,3 Millionen (37,3%)⁶.

In den neuen Bundesländern sehen die Zahlen so aus: 5 – 15% der Menschen sind getauft, 7% zahlen Kirchensteuern. In Sachsen und Thüringen nehmen 20 bzw. 25% aller Schüler/-innen am Religionsunterricht teil, in Mecklenburg-Vorpommern etwa 8%, in Ostberlin 5%, in Sachsen-Anhalt 3%. (Publik Forum, 3.1.96)

Ein Exkurs zu den Zahlen

Es ist gar nicht so einfach, die aktuellen Zahlen über die Teilnahme am Religionsunterricht zu erhalten. Die raschesten und ausführlichsten Antworten kamen aus den Ländern Berlin und NRW. Allerdings schrieb das Landesschulamt Berlin am 22.8.96 als Anmerkung zu den Statistiken des Statistischen Landesamtes Berlin: „Die evangel. bzw. kathol. Kirche als Träger des Religionsunterrichts führen auch Erhebungen an Schulen durch. Unseres Wissens wird dort auch die Konfessionszugehörigkeit der Teilnehmer am Religionsunterricht erfragt. Die Konfessionszugehörigkeit der übrigen Schüler dürfte niemand kennen.“ (!)

Auch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hatte Probleme mit der Beantwortung meiner Anfragen: „Die Erhebung und Aufbereitung der Religionszugehörigkeit der Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen wurde vom Statistischen Landesamt letztmals zum Schuljahr 1992/93 durchgeführt [...], wobei allerdings nicht nach Klassenstufen differenziert wurde. Bei Gymnasien wurde (und wird) lediglich die Teilnahme an Grundkursen in evangelischer bzw. katholischer Religionslehre in der Jahrgangsstufe 12 erhoben.

Seit dem Schuljahr 1993/94 erfolgt die Auswertung der Religionszugehörigkeit durch die Kirchen selbst."

Es war interessant zu erfahren, daß in den vier im Osten, Westen, Norden und Süden angefragten Bundesländern (Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen) nur im letzteren staatliche Stellen wie das Statistische Landesamt und das Kultusministerium aktuelle und differenzierte Zahlen über die Teilnahme am Religionsunterricht zur Verfügung haben.

Die differenziertesten Angaben stammen aus Berlin. Dort nahmen im Schuljahr 95/96 in den Grundschulen (Klasse 1-6) 37% aller Schüler/-innen am (evangelischen oder katholischen) Religionsunterricht teil, das entspricht genau dem Anteil der Getauften an der Berliner Bevölkerung; in den Realschulen (Kl. 7 - 10) waren es 20%, im Gymnasium (Kl. 5 - 13) 23,5%, in der Oberstufe des Gymnasiums 10%, in den Freien Waldorfschulen und Gesamtschulen (Kl. 5 - 13) 12,9%. Allerdings: „Über die Konfessionszugehörigkeit der Schüler liegen keine Angaben vor“ (siehe oben).

Vom RU der Zukunft und der Zukunft des RUs

Brandenburg ist nicht Baden-Württemberg, aber eins ist meines Erachtens sicher: Der Religionsunterricht der Zukunft wird auch in Baden-Württemberg (mittel- oder langfristig) nicht so aussehen, wie er derzeit aussieht, d.h.: Nach Konfessionen getrennter Religionsunterricht als Pflichtunterricht für alle evangelisch und römisch-katholisch getauften Schüler/-innen; daneben Ethik als ausdrückliches „Ersatzfach“ zweiter Klasse für alle nicht evangelisch und römisch-katholischen getauften Schüler/-innen sowie für die aus dem Religionsunterricht „aus Glaubens- und Gewissensgründen“ ausgetretenen getauften Schüler/-innen.

Der Religionsunterricht der Zukunft muß und wird vielleicht so aussehen, wie es die evangelische Kirche in Brandenburg nun an Stelle von LER fordert (aber die Kirche in Baden-Württemberg noch ablehnt): Es wird einen Wahlpflichtbereich geben, in dem die Schüler/-innen wirklich frei zwischen einem (konfessionellen oder vielleicht ökumenischen) Religionsunterricht einerseits und einem konfessionell ungebundenen Fach Ethik/Philosophie/Religionskunde (oder wie immer es heißen mag) andererseits wählen können. – Und wenn die Kirchen sich weiterhin stur und halsstarrig dagegen wehren, statt offensiv und konstruktiv dabei in diesem Prozeß mitzudenken und mitzuarbeiten, dann wird es vermutlich eines Tages gar keinen Religionsunterricht mehr in den Schulen geben, oder – bestenfalls – eine rechtliche Situation wie nun in Brandenburg, in dem es zwar noch vom Staat bezahlten konfessionellen Religionsunterricht in den Schulen gibt, aber – quasi spiegelverkehrt zur Situation in Baden-Württemberg – nur noch als Fach zweiter Klasse.

Wäre das ein Unglück? Der ostdeutsche Pfarrer und Theologe Friedrich Schorlemmer jedenfalls weist die Kritik am Brandenburger Gesetz zurück und findet, das neue Schulfach LER sei „durchaus brauchbar“. (mdr, 15.3.1996)

Warum muß und wird es einen anders organisierten Religionsunterricht in den Schulen geben? Weil die jetzige Form des konfessionellen Religionsunterrichtes anachronistisch ist und zudem in der Schulrealität in den Städten schon jetzt kaum noch praktikabel (siehe Kasten: „Der ganz alltägliche Wahnsinn“). Dies hatte die evangelische Kirche in Brandenburg aufgrund ihrer besonderen Rahmenbedingungen schneller erkannt als andere Landeskirchen, und deshalb sagt Rolf Wischnath, General superintendent des Sprengels Cottbus der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg:

„Ich finde [...] die bisherige Auseinandersetzung über das Fach LER nicht so schlecht, wie sie oft gemacht wird. Immerhin geht es exemplarisch um ein elementares bildungspolitisches Problem – nämlich um die Frage: »Wie kann in der Schule einer säkularisierten pluralistischen Gesellschaft, in der Christen zur Minderheit geworden sind, Wertevermittlung und religiöse Alphabetisierung geschehen?«“ (In: Junge Kirche 7/8/ 1996, S. 412)

„Das Thema wabert“

Im Mai 1996 fand auf Einladung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins in der Evangelischen Sozialakademie Friedewald eine Tagung zum Verhältnis Staat und Kirche statt. „Das Thema wabert in der Evangelischen Kirche, aber hier wird zum ersten Mal öffentlich darüber geredet“, sagt der Verfassungsrichter im Ruhestand Helmut Simon.

Wer Religionsunterricht erteilt oder in irgendeiner Weise für den Religionsunterricht vor Ort verantwortlich ist, (zumindest) der – merkt schnell, daß es bei der jetzigen Form, in der Religionsunterricht erteilt wird, vorne und hinten nicht mehr stimmt. Mitte Oktober 1996 trafen sich auf einer Tagung für evangelische Erzieherinnen und Erzieher 350 Personen aus ganz Südbaden in Freiburg. Sie forderten einen konfessionsübergreifenden ökumenischen Religionsunter-

richt. Konsens war: Die Kirchenleitungen lassen die Religionslehrer/-innen im Stich; die Kirchenleitungen hinken den Entwicklungen hinterher, wenn sie nicht – wie in Brandenburg – von den Umständen zum Nachdenken gezwungen werden. Reinhard Frieling, Direktor des konfessionskundlichen Instituts der EKD empfahl: „Sie [die Kirchenleitungen] sollten vor den Ereignissen denken, nicht erst hinterher“. (Badische Zeitung 17.10.1996)

Die Debatte in Brandenburg um das Fach LER hat die Diskussion um den Religionsunterricht bundesweit wieder ins Licht der Öffentlichkeit gebracht, die ansonsten von den Kirchen eher gescheut wird. Was Helmut Simon über das Verhältnis von Staat und Kirche im allgemeinen sagte, gilt auch für das Verhältnis von Schule und Religionsunterricht im besonderen: „Die Kirchen sind allen Gelegenheiten zur Neubestimmung ausgewichen. [...] Sie haben Angst, das bisherige, für sie vorteilhafte System könnte zu Ende gehen“. (Frankfurter Rundschau, 15.5.1996) Diese Vorteile des derzeitigen Systems (für Kirchen und Regierung) wiederum sind weitgehend tabu: Man spricht zwar nicht gerne öffentlich über Geld, Planstellen, Karrieren in der Kirche, aber man handelt (zu) oft danach.....

Die Methode „Augen zu und durch“ wird dem Religionsunterricht und den Kir-

Aus der Schule geplaudert...



... von Wilhelm Nüchter

chen ganz sicher langfristig mehr Schaden als nützen. Die Kirchenleitungen sollten sich in ihrem eigenen Interesse aktiv, offensiv und zukunftsorientiert an der Suche nach neuen Modellen beteiligen. Der Schritt in Richtung Ökumenischer Religionsunterricht ist längst überfällig, aber lange nicht groß genug. In Westdeutschland wird die Zukunft in den nächsten 10 Jahren sicher nicht „LER“ heißen, zumal es selbst in Brandenburg eine Reihe (!) von Problemen mit der praktischen Umsetzung gibt. Das Modell für den Westen Deutschlands könnte aber als Kompromiß zunächst ein Wahlpflichtbereich Lebensgestaltung-Ethik-Philosophie/ Religion sein.

Das Land Brandenburg und seine Kirche waren in der inhaltlichen Diskussion ganz vorne. Es kommt sicher nicht von ungefähr, daß der Ministerpräsident dieses Landes, Manfred Stolpe, früher Konsistorialrat der Evangelischen Kirche war, und die „Erfinderin“ von LER, Marianne Birthler, Katechetin der Berlin-Brandenburgischen Kirche. – Die Thesen von Bischof Huber (den ich als Theologie-Professor immer sehr geschätzt habe; siehe Literaturangaben), mit denen er den traditionellen RU verteidigt, haben mich nicht überzeugt: sie wirken eigenartig anachronistisch und apologetisch. – Die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird den Kirchen Schaden, selbst wenn sie den Prozeß gewinnen sollten.

Der (traditionelle konfessionelle) RU ist (über kurz oder lang) tot – es lebe der Religionsunterricht.

Der Autor des Artikels war 18 Jahre lang (gewählter) Vorsitzender des Fachbereichs Evangelische und Katholische Religionslehre an einer Gesamtschule in Baden-Württemberg mit ca. 1500 SchülerInnen und 15-20 ReligionslehrerInnen beider Konfessionen.

- 1 Ministerium für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Statistik zum Religionsunterricht im Schuljahr 1994/95, Zusammenfassung der Ergebnisse für alle Schularten – öffentliche Schulen. Schreiben vom 4.9.1996.
- 2 Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW, Schreiben vom Oktober 1996.
- 3 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Schreiben vom 20.8.96.
- 4 Das sind die neuesten Angaben, die man im Online-Dienst des Statistischen Bundesamtes findet.
- 5 Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres, Schreiben vom 30.8.96.
- 6 Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin: Die kleine Berlin-Statistik 1995.

Literatur:

Angelika Peter (Kultusministerin von Brandenburg): Ist Brandenburg verpflichtet, Religion im Stundenplan zu verankern? Bildungsministerin Angelika Peter antwortet Bischof Wolfgang Huber. In: Frankfurter Rundschau, 15.2.1996, S. 19

Annegret Stopczyk (Philosophin, Fachverband Lebensgestaltung-Ethik-Religionen): Der Bildungskampf um ein neues Fach geht in die letzte Runde. Eine Analyse aus der Sicht der Lehrer. In: Frankfurter Rundschau, 22.1.1996, S. 16

Karl Ernst Nipkow: Die Herausforderung aus Brandenburg – LER als staatliches Pflichtfach. In: ZThK, Heft 1, Januar 1996, S. 124-148

Richard Scheerer, Wie sollen Christen lehren? In: Junge Kirche 1995, S. 624-630

Sabine Rückert/ Wolfgang Gehrman: Schulfrei für Jesus. Zeit Dossier. In: Die Zeit Nr. 20, 10.5.1996, S. 9

Wolfgang Huber (Ev. Bischof von Berlin-Brandenburg): Wenn der Staat selbst die Wertevermittlung in die Hand nimmt. Die Staatsdistanz der Vorwendzeit und die erstaunliche Staatsgläubigkeit heute. In: Frankfurter Rundschau, 26.1.1996, S. 18

Wolfgang Huber: Religion und Ethik in der Schule. Zur grundsätzlichen Bedeutung einer aktuellen Debatte. Zeitschrift für Evangelische Ethik: ZZE 40, 1996, H.2, S. 82-93

Achtung, es handelt sich nicht um eine Satire!

Der ganz alltägliche Wahnsinn

Nehmen wir einmal an, die Organisation in Schule X, einer etwas größeren städtischen Schule in Baden-Württemberg mit 1400 Schüler/-innen und 125 Lehrkräften klappt vorzüglich, und die Schulleitung ist bemüht, alle Organisations-Erlasse, die den Religionsunterricht (RU) betreffen, vorschriftsgemäß in die Tat umzusetzen:

Am Beginn des neuen Schuljahres (und zum Halbjahr wird sich das aufgrund der Rechtslage wiederholen) bekommen alle 17 Religionslehrerinnen und Religionslehrer (darunter acht staatliche Lehrkräfte, zwei Referendarinnen, ein Katechet, ein Pfarrer im Schuldienst, zwei Gemeindepfarrerinnen, eine Pfarrvikarin, eine Pastoralassistentin) von der Schulleitung eine Liste, auf der alle Schüler/-innen aufgeführt sind, die am Religionsunterricht teilnehmen müssen, weil sie evangelisch, evangelisch-methodistisch oder römisch-katholisch sind und keine Abmeldung „aus Glaubens- und Gewissensgründen“ nach § 100 des Baden-Württembergischen Schulgesetzes für sie vorliegt.

Auf der Liste von Pfarrer R.L. stehen außerdem die Schüler/-innen, die an seinem evangelischen RU teilnehmen wollen, obwohl sie ohne Bekenntnis (o.B.) sind, russisch-oder griechisch-orthodox, neuapostolisch, bei Jehovas Zeugen oder auch muslimisch. Die Schulleitung hat sich zuvor darum gekümmert, daß diese nicht-evangelischen und nicht-katholischen Schüler/-innen eine Einverständniserklärung der Eltern im Sekretariat der Schule abgegeben haben, denn erst mit 14 Jahren werden sie religionsmündig sein und selber entscheiden können.

Religionslehrer R.L. stellt in seiner ersten Religionsstunde in der Klasse 8a nach

den großen Ferien fest, daß der Schüler A, der auf der Kursliste steht, nicht anwesend ist. Er trägt ihn – verantwortungsbewußt wie er ist – als fehlend ins Klassenbuch ein, obwohl einige Klassenkameraden sagen: „Der fehlt nicht, der ist in Ethik“.

Nach einer Woche trifft die Klassenlehrerin, Frau K.L., die den Vermerk im Klassenbuch wohl bemerkt hat, den Religionslehrer R.L. zufällig im Lehrerzimmer. Religionslehrer R.L. ist Gemeindepfarrer; von den 4 Stunden RU, die er erteilen muß, erteilt zwei Stunden sein Ausbildungsvikar; er selber ist deshalb nur selten in der Schule anwesend und freut sich auch, die Klassenlehrerin einmal persönlich kennenzulernen. Bei der Gelegenheit fragt ihn die Kollegin, warum er den Schüler A ins Klassenbuch eingetragen habe, er sei doch anwesend gewesen, wenn auch in Ethik. – Religionslehrer R.L., der die Organisationserlasse gut kennt, klärt die Klassenlehrerin auf: Nur wer sich spätestens zwei Wochen nach Beginn des Unterrichtes ordnungsgemäß schriftlich und unter Angabe von „Glaubens- und Gewissensgründen“ bei der Schulleitung abgemeldet habe, könne als evangelischer Schüler am Ethikunterricht teilnehmen. Dies sei aber bei Schüler A offensichtlich nicht der Fall, denn sonst würde dieser nicht auf der Teilnahmeliste der Schulleitung stehen.

Die Klassenlehrerin zeigt sich leicht befremdet, (sie ist aus der Kirche ausgetreten und hält sowieso nicht allzuviel vom Religionsunterricht), will aber mit dem Schüler A reden, wenn sie wieder bei ihm Unterricht hat, was auch schon am nächsten Tag der Fall sei. Penibel wie die Kollegin K.L. ist, hatte sie sich den Fall sofort notiert und



deshalb nicht vergessen, den Schüler A tags darauf zu befragen. Dieser sagt, er habe das mit der schriftlichen Abmeldung nicht gewußt, werde diese aber umgehend nachholen. Da Schüler A etwas zur Bequemlichkeit neigt, es ihm im Ethikunterricht auch schon ganz gut gefällt und er Diskussionen mit seinen Eltern möglichst vermeiden möchte (er ist schon 14 Jahre alt und wird in diesem Schuljahr konfirmiert werden) „vergißt“ er, was er erledigen wollte: die Abmeldung schriftlich zu formulieren, von beiden Eltern zur Kenntnisnahme unterschreiben zu lassen und dann beim Schulleiter persönlich abzugeben.

Eine weitere Woche vergeht. Religionslehrer R.L. wundert sich, daß Schüler A immer noch nicht im RU aufgetaucht ist und er auch von einer Abmeldung noch nichts gehört hat. Der Einfachheit halber trägt er ihn wieder ins Klassenbuch ein – was gar nicht so einfach war, denn die Klassenbuchführerin ist katholisch und hat das Klassenbuch mit in den katholischen Religionsunterricht genommen; niemand in der Klasse weiß jedoch so genau, „in welchem Raum die Katholischen Reli haben“. Letzt-

endlich wird das Klassenbuch aber doch noch aufgetrieben und das Fehlen von Schüler A vermerkt. Inzwischen geht das Schuljahr in die 5. Woche; da Religionslehrer R.L. in der 3. Woche eine Beerdigung hatte, war die Religionsstunde ausgefallen und in der 4. Woche war die Klasse im Waldschullandheim. Gegen Ende von Woche 5 treffen sich Religionslehrer R.L. und Klassenlehrerin K.L. wieder im Lehrerzimmer und kommen dabei auch auf Schüler A zu sprechen. Religionslehrer R.L. dachte eigentlich, Schüler A sei inzwischen ordnungsgemäß abgemeldet, denn im RU ist er immer noch nicht erschienen, deshalb hat er ihn heute auch gar nicht mehr als fehlend eingetragen. Und Klassenlehrerin K.L. dachte, Schüler A sei inzwischen wieder im RU, da sie von keiner Abmeldung gehört hatte. Klassenlehrerin K.L. erklärt sich bereit, einmal beim Schulleiter nachzufragen, (wenn sie das auch ungern tut, denn sie findet das ganze Theater mit den Religionsabmeldungen jedes Jahr, das sie noch nie verstanden hat, sowieso ziemlich überflüssig; und wer geht schon gerne zur Schulleitung, wenn es nicht sein muß?).

Nun ist da aber noch Schülerin B im evangelischen RU von Religionslehrer R.L. B stand nicht auf der Liste der Schulleitung. Also hatte er Schülerin B befragt, wer sie sei und woher sie komme, und sie hatte geantwortet, sie sei katholisch, sei auch bisher immer im katholischen RU gewesen, habe aber von ihrer Klassenkameradin gehört, der evangelische RU sei viel interessanter als der katholische und außerdem sei diese Klassenkameradin ihre beste Freundin und evangelisch, und ob sie deshalb nicht auch.....

Religionslehrer R.L., der der Ökumene schon immer aufgeschlossen gegenüberstand, hatte nichts dagegen einzuwenden. Vorsichtshalber hatte er auch noch die katholische Kollegin gefragt, ob diese etwas einzuwenden hätte. Diese zeigte sich zwar zunächst etwas beleidigt, daß die Schülerin B lieber in den evangelischen RU wollte, stimmte aber dann doch zu, weil Schülerin B schon letztes Schuljahr im Religionsunterricht eigentlich mehr mit ihrem hübschen Nachbarn geschwätzt als mitgearbeitet hatte. Klassenlehrerin K.L., die inzwischen von diesem Schülerinnen-Austausch gehört hatte, beschloß, bei ihrem Termin beim Schulleiter diesen vorsichtshalber zu fragen, ob denn diese Aktion rechtens sei.

Natürlich, sagte der Schulleiter, sei dieser Tausch nicht rechtens, denn wenn ein evangelischer oder katholischer Schüler in der Mittelstufe den Unterricht der anderen Konfession besuchen wolle, so habe er (bzw. seine Eltern, das kommt drauf an, ob er über oder unter 14 Jahre alt ist) einen schriftlichen Antrag bei den Kirchenleitungen zu stellen, zuständig seien in diesem Fall das Evangelische und das Katholische Schuldekanat, die beide zustimmen müßten; das Einverständnis der Religionslehrer/innen und der Eltern reiche nicht aus.

Schulleiter S.L. war an diesem Tag schon leicht angeschlagen und auf den Religionsunterricht nicht gut zu sprechen. In

der Klasse 8c hatte es nämlich einen Schüler, nennen wir ihn C, gegeben, der im evangelischen RU nicht erschienen war, obwohl er in den Personalakten als evangelisch geführt wurde und bisher auch immer im evangelischen RU gesessen hatte. Schüler C saß nun im Ethikunterricht, hatte sich aber ebenfalls nicht vom RU abgemeldet. Als dieser Fall – nach längerem hin und her (die Details möchte ich Ihnen ersparen) – beim Schulleiter gelandet war, hatte dieser den Schüler C gleich zu sich bestellt, und ihn gefragt, was ihm eigentlich einfiel... Schüler C konnte jedoch erklären, daß er gar nicht evangelisch sei und auch nicht getauft und konfirmiert werden wolle. Seine Eltern hätten nur bei der Anmeldung in der 5. Klasse in der Rubrik „Konfession“ evangelisch angekreuzt, weil die Mutter selber evangelisch sei, der Vater sei aber aus der Kirche schon lange ausgetreten, beide Eltern hätten aber gewollt, daß Schüler C wenigstens bis zum 14. Lebensjahr den RU besuche, um sich selber ein Bild machen zu können; nun sei er aber 14 und wolle nicht mehr in den RU, und da er nicht evangelisch getauft sei, brauche er sich ja auch nicht „aus Glaubens- und Gewissensgründen“ aus dem RU abzumelden, das wisse er genau, denn seine Mutter sei schließlich Religionslehrerin.....

Schulleiter S.L. weiß nicht, ob er dem Schüler C glauben soll. Vielleicht sollte er mal bei den Eltern des Schülers C anrufen, um sich zu vergewissern. Oder lieber schreiben?

Schulleiter S.L. hat auch noch andere Dinge zu tun. Er beschließt, die Dinge auf sich beruhen zu lassen. Hauptsache jeder Schüler ist irgendwo versorgt. Wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter.

Und ganz ganz leise – damit die Kirche und der liebe Gott es nicht hören – seufzt er: Warum gibt es nicht EIN Fach für alle Schüler/-innen? In Bremen und Brandenburg gibt's das doch auch!

Diese Macho-Türken

Hintergründe eines Kulturphänomens

Es soll hier versucht werden, ein menschliches Anderssein aufzuheben und begrifflich zu machen. Die so Anderen sind türkische Schüler, geboren im Wedding oder in Neukölln, hier aufgewachsen und doch nicht von hier. Sie sprechen unverkennbar eine eigene Art Berliner Dialekt und oft in der Gruppe eben auch türkisch. Nicht unbedingt, um unser Nichtverstehen zu zelebrieren, mehr noch, weil Zweisprachigkeit auch mehr Wortspiele und Gedankenbilder zuläßt. Sie nerven in der Schule und anderswo und bestätigen damit unsere Vorurteile, die, wie so oft, auch ein Quentchen Wahrheit haben und viel Unkenntnis.

Die Jugendlichen sind beileibe nicht alle gleich und über einen Kamm zu scheren. Aber sie sind eben nicht so deutsch, wie die polnischen Spätaussiedler und die russischen Fastdeutschen. Sie sind durchaus auch national, aber nicht so, wie die national angehauchten Modeglätzen aus den Beitrittsgebieten. Und sie sind viel weniger normal als die ganz normalen jungen deutschen Lehrlinge. Die betriebsübergreifende Ausbildung ist ohne sie nicht mehr zu denken. In großen Firmen der Metallindustrie sind es etwa ein Drittel der Belegschaft, und über kurz oder lang werden sie etwa bei den 50% einpendeln, die heute den Realschulabschluß machen.

Gemeinsam ist ihnen das Aufwachsen in der Zweisprachigkeit, einem Zustand, für den vor Jahren noch der Makel „Analphabeten in zwei Sprachen“ geprägt wurde. Das sind sie nun wirklich nicht, aber die Probleme mit dem Spagat beider Kulturen werden hier behandelt.

Eine Beschreibung muß vereinfachen, aber so einfach sind die unterschiedlichen Persönlichkeiten nicht einzufangen: Der stille, fast überangepaßte junge Mann mit dem grenzenlos bewunderten Onkel in Izmir, der es zu was auch immer gebracht hat. Der anfänglich so schüchterne frühe Familienvater, mit dem zaghafte Versuch des Autohandels, weswegen er im Unterricht schlafen muß. Der Fußballer mit dem Handy, dem dicken Auto und der schnellen Mark. Und nicht zuletzt der Klassenclown mit der ständigen „Achtet-auf-mich“-Geste.

Gemeinsam noch haben sie alle die Sozialisation der Straße und die Mischung von Geborgenheit und Druck der Familie. Und endlich gemeinsam sind ihnen unsere Vorurteile, oder, kulanter formuliert, der Druck zur gesellschaftlichen Anpassung.

Um im Urteil klarer zu werden, dazu sollen diese Zeilen dienen. Also – einige Streiflichter ins Dickicht. Thema: Junge Ausländer als Lehrlinge in Berlin.

Wo sie leben:

Der Ausländeranteil der Bezirke ist in Berlin immer noch sehr ungerecht verteilt. Im Westen bei 15% und im Osten bei nur 2,2% und noch krasser, in Kreuzberg bei 31% und im Nachbarbezirk Friedrichshain bei 5%. Am weitesten öffnet sich die Schere im Schulbereich – in Kreuzberg bei 45% und wieder in Friedrichshain bei 2%. Nur Marzahn hat weniger ausländische Schüler und hier wie überall sind nicht alle Ausländer Türken.

Für die Berufsschule ist an diesen Zahlen von Bedeutung, daß eben erst hier die ehemals ostdeutschen Schüler, auch die Lehrer, ihre Erfahrungen und Eindrücke mit den Türken sammeln. Die mangelnde Ortskenntnis ostdeutscher Schüler und die Abwehr, nach Kreuzberg zu fahren, spricht weitere Bände, wie auch der unverhohlene Rassismus bei Begegnungen der Schülerfußballmannschaften. Das wirkliche Treffen findet im Betrieb und der Berufsschule statt.

Die türkischen Schüler wiederum erleiden die Zerrissenheit der Eltern. Ihre Einschulung in der Türkei ist keine Seltenheit und das Schulversagen hier dann die Regel. Trotz zunehmender Gymnasiastenzahlen

und Studenten – das Gros der ausländischen Jugendlichen in Kreuzberg besucht die Hauptschule. 62% sagt die Statistik und damit 20% über dem schulischen Durchschnitt.¹

Sie werden uns also erhalten bleiben und eher mehr werden als weniger, denn die geburtenstarken Jahrgänge wandern noch Jahre durch die Hauptschule und versuchen, zumindest den Realschulabschluß zu erreichen. Diese geburtenstarken Jahrgänge sind in Kreuzberg schon bei 50% Ausländern in der Klasse und ansteigend, genauso wie die Zahl der Schulabbrecher. Wenn die Statistik recht hat, werden überbetrieblich ausgebildete ausländische Lehrkräfte das Bild der Zukunft bestimmen.²



Denn was sich schwer geändert hat in den letzten Jahren, sind die Chancen und die Attraktivität der Lehrstellen im Metallbereich. Wer lernt auch gern einen Beruf ohne Zukunft! Wer sucht einen Betrieb, der ihn nicht weiter beschäftigt? Viele haben auf unser Befragen hin geantwortet, sie hätten ihre Träume begraben müssen oder schlicht nichts anderes gefunden. Mehr als 50% nimmt Metall, weil nichts anderes zu haben war. Und auffallend oft stellt nicht ein Betrieb ein, sondern der „Internationale Bund“, das „Christliche Jugenddorfwerk“ oder die „Ziegler-Stiftung“, also die großen Absahner der überbetrieblichen Ausbildung. Die, welche an der Lehre noch Gewinn machen oder zumindest dadurch ihre Existenz sichern.

Und so haben wir in der Berufsschule die beklagenswerte Tendenz, weniger künftige Fachkräfte der Wirtschaft auszubilden, als Jugendprogramme zu realisieren, in denen fachliche Leistung recht wenig und soziales Engagement sehr viel gefragt ist.

Selbst „Mercedes“ in Berlin-Marienfelde ist sich nicht zu schade, Lehrlinge ohne Aufnahmeprüfung und künftige Berufschancen auszubilden, nur um ihre Lehrlingswerkstätten und Meister zu halten und natürlich auch ein ganz klein wenig vom großen Subventionstopf zu kassieren. Im Spiegel der Anfängerklassen kann sich dann eine Mischung zeigen aus Lehrlingselite („Wir sind von Daimler“) und Schulversagen („Was will denn der Lehrer da“), die die berufliche Beschulung deutlich erschwert. Lehrer ohne viel Pädagogik, aber mit viel Fachwissen, treffen auf Schüler, für die diese Relation umgekehrt sein müßte.

Ohnehin hat die Berufsschule in der Zusammensetzung der Klassen selten eine glückliche Hand. Gut ist es gegangen, auch über drei Jahre gut, wenn die großen Gruppen einigermaßen gemischt sind – die aus dem ehemals Osten, die Türken und

die ganz Normalen. Allzu große Mehrheiten lassen die Minderheiten immer darben, unabhängig von der deutschen oder ausländischen Zusammensetzung. Die Berufsschule ist eben per se kein Ort der Toleranz, sondern eher Startrampe für die Verteilungskämpfe um die knapper werdende Ware Arbeitsplatz.

Viel mehr werden sie wohl nicht, die türkischen Lehrlinge, aber auch nicht weniger – ein Grund mehr, sich besser auf sie einzustellen.

Macho werden ist nicht schwer:

Männerbücher gibt es zuhauf, aber zum Thema ist die Literatur nicht eben hilfreich. Eines der wenigen guten Bücher über das Macho-Phänomen³ versucht, den fraglichen Gegenstand aus der mediterranen Kultur und der griechischen Mythologie zu erhellen.

Unsere Jugendlichen sind dann also mit Jason und den Argonauten auf dem Lebensweg zum „Goldenen Vlies“. Schön nach dem Vorbild von Odysseus machen sie virile Irrfahrten durch und widerstehen mühsam den überaus weiblichen Gesängen der Sirenen. Aber wer ist heute die sprichwörtliche Circe, die sie in Schweine verwandeln könnte?

Im Ernst, nach vielen Kämpfen kehren die Helden müde, aber erfolgreich zurück an den heimischen Herd und es bleibt der fade Nachgeschmack eines banalen und abstrakten Bildes, wie das Goethesche „Hinaus ins feindliche Leben“. Es trifft auf jeden zu, der die Ausbildung als eine Bahn beschreiben kann, mit Prozess und Erfolgskontrolle. Nur, daß heute nicht mehr so gesegelt wird, wie damals.

Brisant für unseren Macho-Zusammenhang wird erst der Fortgang der Sage, die Ankunft des Odysseus in seinem so lange gemiedenen Zuhause. Penelope kann sich kaum noch der schamlosen Freier erwehren

und in einer letzten Tat zum märchenhaften guten Ende errettet der Held die Seine vor den bedrohlichen Freiern und stellt die alte Ordnung wieder her.

Jetzt werden die Parallelen deutlicher. Unsere Jugendlichen sollen sich austoben, um dann den vorbereiteten Hafen der Ehe zu erreichen. Manche werden schon früh in diesen Hafen geschickt, aber was sein muß, ist das öffentliche Kräftenessen, das Sichern der Ordnung, das Beschützenkönnen der Familie, und somit gleichzeitig frei zu sein wie eingespannt in die feste Hierarchie der Familie. Er kann und darf auch listenreich sein, der kleine Odysseus, ja verschlagen, wenn es um die gute Sache geht, die Rettung der Familie.

Symphatisch wird mir das Bild durch die zahlreichen Bezüge, daß in der Tat die Straße, der Bewährungsraum außerhalb der Wohnung eine erhebliche Rolle spielt. Auch dieses Produzieren vor den Anderen als Drohgebärde der Ordnung und die strikte Geschlechtertrennung so vieler mediterraner Kulturen als Grundlage für den „Macho“ zu interpretieren, hat etwas Bestechendes.

Die Erlebniswelt Straße in der Großstadt hat für die Fragen von Mut und Achtung, Ehre und Anerkennung, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit bei türkischen Jugendlichen eine andere Bedeutung als bei Deutschen, auch wenn diese häufige Straßenkontakte haben. Aber ob das jetzt an Odysseus liegt oder gar an den zahlreichen türkischen Videos, die den einsamen Retter des Guten ständig vorführen, darüber schweigt der Verfasser. Ob es nicht noch viel mehr familiäre Gründe gibt oder gar religiöse, bleibt in der Studie außen vor. Odysseus klärt alles.

Warum dann in die Ferne schweifen? Nicht nur Homer, auch unser mythologischer Tannhäuser entflieht in der Sage dem heimeligen Venusberg der Freuden, um hinaus zu ziehen zu Kräftenessen und

Kampf. Selbst der märchenhafte „Hans im Glück“ war viel unterwegs – nur nicht per Schiff. Sagen und Märchen allein also ergeben noch keinen Begründungszusammenhang für das Machogehabe. Märchen lassen sehr viele Interpretationen offen und sind mehrdeutig. Festzuhalten ist immerhin die „soziale Agoraphilie“, die Vorliebe der Mediterranen für öffentliche Plätze, die aber weniger mit Homer und sehr viel mit dem Klima zu tun hat. Was Odysseus noch einbringt, ist die Rettungsaktion für Penelope und das Frauenbild dahinter. Über die listenreiche Verschlagenheit machen wir uns bitte keine Illusionen. Die gibt es nicht nur am Mittelmeer, sondern ist bei allen Jugendlichen erstaunlich ähnlich. Wer im Überfluss lebt und seine Existenz dennoch als Not begreift, der wird überraschend erfinderisch.

Ehre, wem Ehre gebührt:

In zahlreichen Klassentagen in der evangelischen Berufsschularbeit Berlin⁴ haben wir die Besonderheiten des türkischen Ehrbegriffs zum Thema gemacht. Eher indirekt, denn auch den Jugendlichen mangelt es fast immer an Erklärungen eines Phänomens, das eher im familiären Rahmen, in der Erziehung, beigebracht wird.

Schon die türkische Wortwahl zeichnet ein facettenreiches und vieldeutiges Bild.

Unserem deutschen, etwas angestaubtem Wort „Ehre“ kommt das türkische Wort „namus“ am nächsten. Aber die Ehre erklären auch andere Worte, wie „saygi“ (Achtung) und „seref“ (Würde, Anstand, Prestige)⁵ in der sehr bilderreichen türkischen Sprache.

Diese Ehre „namus“ kann man nicht strebsam erwerben, sondern ein jeder hat sie und kann sie eben schlimmstenfalls verlieren. Bei allen Begriffen, diesem am deutlichsten, geht es um die Regeln für soziales Handeln. Wer „namus“ verliert, der muß

tätig werden, um sie wieder herzustellen, ähnlich, wie man sein Gesicht wahren, verlieren und wieder herstellen kann. „Namus“ ist nicht ein Titel oder eine Eigenschaft, sondern ein Netz von Richtlinien im sozialen Geflecht. Wenn die anderen reden über den mißratenen Sohn, dann verletzt dieser „namus“, und der Vater muß ihn züchtigen, will er nicht Gefahr laufen, „namus“ zu verlieren.

So hat ein Jugendlicher, dessen Mutter ihn, für türkische Verhältnisse unüblich, allein erzogen hat, und der durch Kickboxen sich durchaus Achtung verschaffen konnte, mit seinem Drogenhandel die Familie entehrt. Und bezeichnenderweise die Mutter verfrachtet ihn in einer Blitzaktion in die Türkei zu den Verwandten, ohne Pass und ohne Rückfahrkarte. Der Kommentar eines Freundes: „Sie hat ihm das Leben gerettet. Später wird er ihr danken, jetzt ist er erstmal stinkend sauer.“

Die Ehre zu verteidigen ist Aufgabe des Mannes, des Vaters, des Bruders in einer klaren Rangfolge des Familienschutzes. Er beschützt und fordert den Gehorsam der jüngeren Männer und des weiblichen Teils der Familie. „Namus“ regelt das geschlechtsspezifische Verhalten, und alle Anstößigkeiten dieses archaischen Gebildes haben hier ihren Kern. Übrigens auch die türkische Verurteilung deutscher Verhältnisse, in denen keine Ehre, keine Achtung, keine Familie sei.

Regelwidriges Verhalten der Frauen, der Kinder, auch der Männer ruft den Verteidiger der Ehre der Familie auf den Plan. Der wiederum verliert seine Ehre, sein Gesicht, wenn er nicht aktiv handelt. Er muß die Herausforderung an seine Ehre unbedingt annehmen. Auch deswegen prahlen türkische Jugendliche so auffällig, um dem drohenden Angriff auf die Ehre schon im Vorfeld die Kraft zu nehmen, um einzuschüchtern. Angst vor Ehrverlust ist eine starke Triebfeder. Und jede Form der Nach-

giebigkeit und Schwäche verstärkt die Konfrontation durch Beleidigung und Herabwürdigung. Selbst das jähzornige Aufbrausen läßt seinen Ursprung in der Angst erkennen, in der Angst, „namus“ zu verlieren.

Ahmed: „Im allgemeinen wird die Ehre eines Mannes im Zusammenhang mit seiner Frau betrachtet. D.h. meine Frau gilt als meine Ehre, meine Schwester gilt als meine Ehre.“⁶

Beide haben also dafür Sorge zu tragen, daß die Ehre bleibt. Sie im ehrbaren und keuschen Verhalten auf der Straße und Zuhause, er in der realen und imaginären Abwehr von entehrenden Interpretationen. Die Machogebärden wären somit eine Art Training für spätere Verpflichtungen. Und die Krisen in der Generationsfrage haben mit der starren Ordnung von „namus“ zu tun, die Frauen beinahe naturgegeben heftiger erleiden.

Schande (türkisch ayip) ist eben etwas, was Nachbarn, Freunde, wer auch immer, feststellen. Sie ist also ein soziales Phänomen, in dem die Ehre herstellen auch das Wiedereingliedern ins soziale Gefüge beschreibt. Die Interpretationsfähigkeit des Ereignisses bestimmt den Grad des Ehrverlustes. Selbst Lehrlingsvergehen und Schulnoten werden in den Kategorien von Ehre und Schande beurteilt. Dieses betont passive Entgegennehmen von schlechten Noten gilt weniger dem Leistungsvergleich, als vielmehr dem drohenden Ehrverlust. Türkische Eltern erwarten beim berufsschulischen Elternabend durchaus Härte von den Lehrern.

Am stärksten aber gilt „namus“ in der Frage der weiblichen vor- und innerehelichen Keuschheit. Das Ansehen der ganzen Familie wird davon bestimmt, wie klar der Mann die Rolle „namus“- retten spielen kann. Wahrscheinlich auch deshalb werden die kleinen Jungs so verwöhnt, so auf den Pascha getrimmt.



Das Wort „saygi“ (Achtung) ist ein Anspruch, den jeder Ältere automatisch haben kann. Das hört sich idealisiert an, entspricht aber erstaunlich den innertürkischen Realitäten. Das Begrüßungsritual für ältere Menschen hat jeder gesehen, gehört sicher auch schon mal die Höflichkeitsrede „agabey“ (älterer Bruder), wenn er länger mit Türken zusammen lebt.

Als bei unserer Türkeifahrt im März 1996 der türkische Reiseleiter Mehmet die mitfahrenden „Berliner“ türkischen Jugendlichen kritisiert, daß wohl er „agabey“, nicht aber die deutschen Fahrtenleiter (Guido Dia und Ulli Peter) so tituliert werden, macht sich betretenes Schweigen breit. Er war nämlich „agabey“, wir nicht.

Im Idealfall der türkischen Erziehung soll es so ablaufen, daß den Älteren „saygi“ (Achtung) und den jeweils Jüngeren „sevgi“ (Liebe) erwiesen wird. Die besondere Fürsorglichkeit für kleine Kinder, das relativ behütete Selbstvertrauen, der Großfamiliezusammenhang – dieses trifft bei genauem Hinsehen erstaunlich oft die Realität. Aber auch der Unterschied zwischen den türkischen Türken und den

deutschen Türken läßt sich hier klar ausmachen. Das Zusammenspiel beider Begriffe bringt die gute Erziehung, und deutsche Türken werden eben von türkischen Türken wegen ihrer schlechten Erziehung gerügt.

Schließlich läßt sich „seref“ wohl am besten mit Großzügigkeit übersetzen. Denken wir an das Ritual des Zigarettenverteils, oder der Cola und von anderen Dingen. Eigentlich ist sie die beste Eigenschaft, diese Würde, dieses Prestige, diese Grundhöflichkeit, die sogar noch beim Zuprosten sich widerspiegelt. Wer großzügig sein kann, ist ein guter Türke. Auch das trainieren sie im jugendlichen Alter. Haben sie dazu Gelegenheit im schulischen Zusammenhang?

Erst aber alle drei Begriffe, „namus“, „saygi“ und „seref“ zusammen drücken die Fülle des türkischen Ehrbegriffs aus. Wir Deutschen neigen dazu, verkürzt die Frauenunterdrückung zu entlarven. Es ist natürlich möglich, meine Interpretationsversuche als Idealisierungen abzutun, aber überall, auch bei den Deutschen, spielt sich die Realität in der Spannung von Ideal und Vorurteil ab. Und ich möchte niemandem ausreden, daß er vorlaute, freche und ungehobelte türkische Jugendliche erlebt hat, die in keiner Weise Ehrfurcht vor dem Alter an den Tag legen.

Fremd im eigenen Land:

Auf der Suche nach Erklärungsmustern für das Verhalten türkischer Lehrlinge kommt eine beinahe nebensächliche Studie zu den klarsten Beschreibungen. Eher abseitig, weil der Alltag einer Franfurter „Türkengang“⁷ nicht unbedingt unserer Berufsschulsituation entsprechen muß. Die Situation ist aber dennoch nahe dran, weil sich die jugendlichen Verhaltensmuster auffällig, bis in die Wahl der Schimpf- und Drohworte hinein, deutlich überschneidet.

Das auffällige Verhalten der Türken wird hier einleuchtend erklärt mit der besonderen Statusfrage. Klar ausgesprochen: „Der Status, den Arbeitsemigranten aus der Türkei und ihre Kinder einnehmen, ist durch eine umfassende Marginalisierung gekennzeichnet.“⁸

Wir haben es mit einer Generation zu tun, deren Väter aus Not, nicht aus Abenteuer, Land oder Stadt verlassen haben, die durchweg die schmutzige Arbeit nahmen, noch dazu schlecht bezahlt, um einem stärkeren Elend zu entfliehen. Wir haben hier Mütter, die dem Traum von der Rückkehr oder dem Häuschen durch nächtliches Büroputzen nachjagen. Wir haben die Kinder mit der Last der zwei Sprachen in der Schule, deren multikulturelle Realitäten und Fähigkeiten hier kaum Lob, aber viel Ablehnung erfahren. Wie alle Einwanderungsgenerationen stehen sie vor einem normierenden Konformitätsdruck, dessen was normal ist, und dem sie eben nicht entsprechen.

In den Augen der Anderen einen anerkannten Status zu haben, ist aber nach allen, was wir wissen, für das Selbstwertgefühl und die sozialen Verhaltensstrategien der türkischen Jugendlichen von entscheidender Bedeutung. Eine Berufsschule mit besonderer Berücksichtigung dieser Schüler müßte hier ansetzen, bei den Stärken, bei Ehre, Achtung und Anerkennung.

Sehr eindrücklich war für mich die Wertsteigerung eines türkischen Schülers, sonst eher faul, der plötzlich die wichtige Aufgabe des Dolmetschers für eine türkische Gruppe in Berlin übernehmen soll. Er entwickelt Fähigkeiten, die sonst nicht gefragt sind und wird für uns zum Garanten des guten Klimas während des Aufenthalts einer Gruppe unserer Partner-Berufsschule aus Antalya/Türkei, ohne den wir heillos eingebrochen wären.

Die schwindende Bedeutung der industriellen Arbeitswelt trifft diese Jugendli-

chen besonders hart, soll doch die Lehre auch den sozialen Status der ganzen Familie verbessern helfen. Die Ausbildung entläßt sie stattdessen in die Arbeitslosigkeit.

Vielleicht ist es hilfreich, noch einmal die griechische Mythologie zu bemühen. Türkische Jugendliche scheinen oft in Kleidung, Autobesitz, manchmal sogar der Eigentumswohnung einen klaren Vorsprung zu haben und doch ist er nur scheinbar, weil die Last der Anerkennung alles überschattet.

Ihre Lebensrealität spiegeln eher die Qualen des Tantalus, der hungrig die Früchte sieht, und die Zweige entweichen, und der durstig sich zum Wasser beugt und es nicht erreicht. Im Überfluß Mangel leiden, in der unsicheren Position zwischen zwei Welten, zwei Kulturen, zwei Ordnungsprinzipien zu leben und beiden nicht zu genügen, das ist der Hintergrund des Macho-Theaters.

Aus dem Rapsong „Fremdlandlied“: „Hier bist du ein Türke und dort ein Deutschländer; die Türkei ist dir fremd geworden und den Deutschen bist du ein Fremder.“⁹

Man muß zum besseren Verständnis gar nicht immer auf Solingen oder Mölln verweisen. Die Kommentare zur Berichterstattung der deutschen Presse nach dem Flugzeugabsturz der Birgen-Air waren überdeutlich: „Da hat es ein Türke geschafft und dann wird er ganz schnell platt gemacht. So ist das hier.“ Wobei der Kommentator sicherlich nicht in absehbarer Zeit ein Reiseunternehmen aufbauen wird, aber das Lebensgefühl fand plötzlich seinen Ausdruck.

Anerkannt zu sein ist nicht eine Frage der schulischen Taktik gegenüber schwierigen Schülern. Anerkennung gehört vielmehr zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Gibt es einen Lehrer, der wenigstens ein paar Brocken der türkischen Sprache versteht? Es wäre viel gewonnen.

Erfahrungen unserer Reisen in die Türkei:

Das Wissen türkischer Jugendlicher über ihr so hoch gehaltenes fernes Heimatland ist von verblüffender Unkenntnis durchsetzt. Bei unseren Vorbereitungen auf die jährlichen Türkeireisen kennt kaum jemand die Daten oder Taten Atatürks, kaum die Geschichtszahl der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen, von aktuellen Wirtschaftsdaten ganz zu schweigen.

Diese Reisen sind im wahren Sinne Bildung – Ersatz für nicht geleistete schulische Information über die Türkei. Und wie alles Unwissen ein Feld für politische Scharlatane und nationale Propaganda. „Nein, in der Türkei wird nicht gebettelt“, behauptet dieser, und „wir sind schon in der EG“ sagt, ebenso falsch, ein anderer.

In der Regel hat sich aber eine wichtige Erkenntnis bei den Jugendlichen durchgesetzt, die ihre Eltern noch heftig umgetrieben hat: Sie werden keine Arbeit in der Türkei finden. Sie bleiben hier – mindestens bis zur Verrentung. Ihr „Deutschsein“ hat ökonomisch die Oberhand gewonnen und geht einher mit schwindenden Kenntnissen über die Türkei. Bei vielen jungen Türken reduziert sich das Wissen auf das großelterliche Dorf und etwa fünfzig Kilometer Radius drumherum. Nach einer Woche Istanbul-Besichtigung spricht Hakan aus Antalya in der Abschlußrunde die bezeichnenden Worte: „Ich dachte immer, Istanbul wäre nur Industrie und Dreckwasser. Ich wußte nicht, daß die auch Schlösser und so alte Bauten haben.“ Mit türkischen Jugendlichen in die Türkei zu fahren, ist eine Reise in ein fernes Heimatland.

Für unseren Zusammenhang werde ich nur die türkischen, nicht aber die deutschen Jugendlichen in den Blick nehmen, die auch bei den Reisen vertreten sind.

Für die türkischen Jugendlichen also, ist die Reise oft die erste Konfrontation mit



Türkei-Broschüre:

Über die Erfahrungen ihrer Türkeifahrten haben Guido Dia und Ulrich Peter im letzten Jahr eine 50 Seitern umfassende Broschüre veröffentlicht. Sie besteht zum einen aus Teilnehmerberichten der bisherigen Fahrten (insofern liegt hier ein Reiseführer Türkei geschrieben von jungen Arbeitern vor!) und aus einem konzeptionellen Teil mit pädagogischen Überlegungen und Erfahrungen. Die reichbebilderte Broschüre enthält außerdem viel türkische Kultur und auch manch Interessantes aus dem Bereich der Religionspädagogik und des interreligiösen Dialoges. Das sehr schöne Lay-out stammt von Andreas Hesse, der auch CuS gestaltet.

Die Broschüre ist für 6 DM – in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck – erhältlich bei: Dr. Ulrich Peter, Fechnerstraße 18, 10717 Berlin.

den brilliansten Schätzen des osmanischen Reiches im Topkapı-Palast, mit dem Anfang ihrer großen Geschichte in Bursa und mit den noch älteren mittelmeerischen Ruinen des reichen Ephesus der Antike.

Wahrscheinlich aus Mangel an geschichtlicher Vorbereitung reagieren sie durchweg auf die Frage der Vergänglichkeit großer Königreiche und glänzender Geschichte mit dem ungläubigen: „So ist es eben, kommt aber wieder.“ Sie sind, wie fast alle Jugendlichen, die geschichtslose Generation ihrer Zeit oder ihres Lebensalters. Nur wenn Geschichte praktisch wird, wie etwa die Kanalisation in Ephesus, oder das türkische Bad in Bursa, dann freut es sie doch, daß es Abwasserentsorgung schon in der Antike gab, mehr noch, daß die Wiege der Zivilisation eher in Anatolien, als in Berlin geschaukelt hat. Geschichte, auch ihre Geschichte, erscheint zum ersten Mal greifbar und damit verständlich. Für je-

manden, der Museen sonst meidet, schon ein Erfolg.

Neben den vielen Altertümern kommt die berufsschulische Gegenwart in Antalya zum Tragen. Das „Anadolu Teknik Lisesi“ beherbergt fast 2000 Schüler aller Sparten und ist mit einer Berliner Berufsschule kaum zu vergleichen. Exemplarisch ablesbar an den Geräten ist der Mangel an industrieller Produktion, die Betonung von Reparatur und handwerklichen Fähigkeiten.

Für unsere Jugendlichen eröffnet sich schlaglichtartig, daß ihre beruflichen Weggänge in der Türkei keinen Vergleich haben, weder in den technischen Fähigkeiten, noch in der Entlohnung. Die Türkei bleibt ein Reise- und Besuchsland, dessen einziger wirtschaftlicher Fortschritt auf den tönernen Füßen des Tourismus steht.

Für alle Teilnehmer der Reise sehr erhellend sind die verschiedenen Industrie-Be-



sichtigungen und die Besuche bei den politischen Gruppen. In unserem Zusammenhang bemerkenswert, war besonders das Treffen mit der jetzigen Regierungspartei „Refah“, der fundamentalistischen Wohlfahrtspartei unter Necmettin Erbakan.

War bei unserem Besuch bei den Sozialdemokraten noch Mangel angesagt und der Gewerkschaftsbesuch geradezu ärmlich, so wurden unsere Türken bei der „Refah“ fast wie Fürsten behandelt. Alle gastfreundtschaftlichen Annehmlichkeiten, wie guter Kuchen und gepflegte Bedienung, glänzende Räume, ein prächtiger Fuhrpark, geschneigelte Abgeordnete zum Fototermin und eine überlegen ruhige Gesprächsatmosphäre, zeigten eine Partei auf dem Vormarsch.

Es ist durchaus vorstellbar, daß sie ihren Glanz aus Saudi-Arabien und/oder dem Iran finanzieren lassen. Aber auch ihre Gegner müssen den großen Einsatz in der Versorgung der verarmten Bevölkerung anerkennen. Wasser, Strom und Müllabfuhr in den „gececondus“ sind eben jenes Stückchen Hoffnung auf ein besseres Leben, das alle Wahlparteien versprechen. Und es kann durchaus sein, daß sie mit kleinen Geldgeschenken und beleuchteten Minimoscheen für den Sims ihre Erfolge einheimen, es muß aber nicht sein. Unsere Gesprächspartner waren ziemlich clevere Leute und selbst im Bericht über unseren Besuch in der Parteizeitung fand sich nicht nur ihre, sondern auch unsere Position wieder.

Diese Partei ist nicht wegen, sondern trotz ihrer verquastenen Theorien so erfolgreich. Sie profitiert natürlich sehr von dem Versagen anderer Parteien, ein Zustand, der schon in der Weimarer Republik den Radikalen geholfen hat. Auch diese Variante des politischen Islam lebt vom Desaster der kapitalistischen Wirtschaft und von der Korruption der politisch Verantwortlichen. Ihr Vormarsch wird bald die zweite Säule

des Kemalismus brechen. Atatürk wollte eine Art Staatswirtschaft und vor allem einen laizistischen Staat. Jetzt regiert die islamische Wohlfahrtspartei, und der Kapitalismus verelendet die Massen.

Sechzig Jahre nach Atatürk entstehen staatlich geförderte Koranschulen, haben Stipendiaten der religiösen Schulen Zugang zur Universität, wird der Staatsdienst von Fundamentalisten unterwandert. Diese Mischung aus feurigen Reden zur Rettung des Islam vor der westlichen Bedrohung, mit dem Klinkenputzen in den Armenvierteln und der effizienten Kommunalpolitik macht die Partei so erfolgreich. Seit einigen Jahren schon stellt sie die Bürgermeister der drei größten Städte Istanbul, Ankara und Izmir.

Ist es da verwunderlich, daß ein großer Teil unserer Jugendlichen sich begeistert um die „Refah“-Fahne aufbaut? In der Türkei, wie in Deutschland haben die Fundamentalisten gewaltigen Aufschwung und erheblichen Zulauf in der jüngeren Generation. Für die Berufsschularbeit mit türkischen Jugendlichen werden fundamentalistische Denkweisen zu einer ernstzunehmenden Größe. Auch wenn die Unterscheidung zwischen „Religiösität“ und dem „Festhalten religiöser Normen“, der Unterschied, ob man von religiösen Überzeugungen getragen wird, oder ob man sie zur Schau trägt, noch deutlich in Richtung Schau tendiert, wird der Islam eines der Halteseile in der Lebensgestaltung der türkischen Jugendlichen.

Bei unserem Besuch in Istanbul wurde uns feierlich das Wirtschaftsprogramm der „Refah“ überreicht. Natürlich verfaßt von Prof. Dr. Erbakan, der in den fünfziger Jahren in Aachen Technik studiert hat, dann aber nicht, wie uns erzählt wurde, in München den Motor des Leopardpanzers entworfen hat, sondern Ingenieur im Ruhrgebiet war. Erbakans Schrift also hat den Titel „Gerechte Wirtschaftsordnung“.¹⁰ Die heißt

bei ihm bündig „Hak“, das „immer schon gerechte Wirtschaften zum Wohle der Bevölkerung“, wie bei Mose und bei Mohammed und bald wieder im Jahr 2000 im erneuerten Islam.

Der schlimme Gegenspieler ist „Batil“, das „unbedingt Falsche“, die Sklaverei, die Zinstreiberei des Kapitalismus, der seinem baldigen Ende zustrebt. Wie schon seine Spielart, der Kommunismus, wird das unterdrückerische Wirtschaftsstreben des Imperialismus und „natürlich“ Zionismus, nur von kurzer Dauer sein, um dann das Reich der Freiheit in der Türkei anbrechen zu lassen.

Ein Zitat aus dem Schlußwort: „Diesem Wandel entsprechend werden diejenigen Bürger unter den drei Millionen Bürgern im Ausland, die es möchten, zurückkehren können und sogar aus dem Ausland Arbeitskräfte mitbringen können, wobei diese ein höheres Gehalt erhalten werden, als sie es derzeit in ihren Heimatländern erhalten. Die Türkei wird auf diese Weise nicht Arbeiter in den Westen schicken, sondern nur noch Touristen.“¹¹

Unschwer ist zu erkennen, daß der Gedanke der Revanche die Feder geleitet hat. Wie in jeder chiliastischen Idee, sollen den leidenden Gerechten im nächsten Jahrtausend endlich angemessene Lebensräume eröffnet werden – ein simpler Umkehrschluß von unten und oben. Daß auf der ersten Seite der allbösen Sklavenordnung der Zionismus nicht weniger als fünfzehnmal herhalten muß, macht diese Ideen so gefährlich. Zinspolitik kann, ja muß kritisiert werden, aber die „jüdische Zinsmoral“ den gerechten, moralisch Gebildeten aus dem islamischen Lager gegenüberzustellen, hat Qualitäten des nationalsozialistischen „Stürmer“.

Aber geredet wird viel und gehandelt dann doch wieder anders. Zwar fuhr Erbakan zuerst in den Iran, muß aber koalieren mit einer dieser letztlich „zionistischen

Marionetten“. Wird die Türkei unter der Herrschaft der „Refah“ ein fundamental islamisches Land? Wahrscheinlich nicht, aber sie wird islamischer und unsere türkischen Berufsschüler fast automatisch damit auch. Daß sie so wenig berufliche Zukunft haben, macht die Arbeit der Bauernfänger erheblich leichter.

Islam bei den Jugendlichen:

Mag das Sammelsurium gestriger Theorien des Vorsitzenden Erbakan die Realitäten nicht mehr treffen, die Schuldenlast der ärmeren Staaten gibt es sehr wohl, und mit Sicherheit verstärkt die Bewegung „Refah“ erstmals in der Immigrationsgeschichte den islamischen Einfluß bei Jugendlichen in Berlin. Die Kenntnis des Koran, eher ein Gedicht- denn ein Geschichtsbuch, wurde durch die fremde arabische Sprache und den laizistischen türkischen Staat erschwert. Und dennoch verdichteten sich Begebenheiten unter den Lehrlingen, die bei genauem Hinhören den islamischen Kontext erhellen.

Da meldet ein Jugendlicher seine erfolgte (zivile) Hochzeit als nicht schon so richtig, sondern das sei sie erst beim Hodscha, oder von einem anderen wird berichtet, daß er jetzt keine Zeit mehr habe, weil er die rechte Hand vom Imam geworden sei. Noch klarer: Auf der Türkei-Reise wird die Moschee nicht nur besichtigt, sondern zum Gebet benutzt, wobei auffällt, daß nicht alle Lehrlinge das Gebetsritual der religiösen Unterwerfung beherrschen.

Es geht also nicht um die Suren des Koran, sondern um Verknüpfungen mit der jugendlichen Lebenssituation oder Interpretation der Wirklichkeit, die weit über das schlichte „Allah ist groß“ hinausgeht. Die Koranschule vermittelt nicht viel mehr als das Memorieren arabischer Verse und die tragenden „Fünf Säulen“ (Bekanntnis zu Allah, regelmäßiges Gebet, Einhalten des Ramadan, Almosen für die Armen, Fahrt

nach Mekka). Aber fast jeder Jugendliche weiß auch über den islamischen Himmel bescheid. Eben, daß dort zwei Wege sind (zum Himmel und zur Hölle) und daß die Hölle nicht ewig ist, wie im Christentum, also nur bestraft, nicht aber verdammt, und sich also letztendlich das schöne Paradies für alle auftut.

Gelernt wird dieses allerdings nicht in der Koranschule, sondern zuhause, es ist gleichsam ungebrochener Kinderglaube. Im gesicherten familiären Rahmen entfaltet der Islam unter den deutschen Türken auch seine eigentliche Schubkraft. Verständlich, da die gesellschaftliche Öffentlichkeit eben nicht islamisch geprägt ist.

Die ultimative Anerkennung der väterlichen Autorität, die enge Bindung an die Familie, die Beurteilung der deutschen Realität als kalt, unfreundlich, familienfeindlich und ohne Religion – sie hat eben mit dem tradierten, familienbezogenen Islam zu tun. Er erschwert die Partnersuche, denn eigentlich suchen die Eltern aus, er erleichtert dagegen den Umgang mit dem für deutsche Jugendliche so großen Problem des Alkohols. Nicht, daß der Koran ihn verbieten würde, aber er verbietet das Schwächen des Körpers und das Lächerlichwerden im Rausch. Daran halten sich türkische Jugendliche erstaunlich strikt, allerdings würden auch Haschisch und Tabak unter das Verbot fallen, wenn es sie zu Mohammeds Zeiten gegeben hätte.

Eindeutig verbietet der Islam nicht nur Mädchen, sondern auch den angehenden Männern, den „unreinen“ vorehelichen Geschlechtsverkehr. An dieses Prinzip halten sie sich schon weit weniger, wenn auch das Phänomen der „Maulhurerei“ bei deutschen und türkischen Menschen dieses Alters stark vertreten ist.

Die türkische Variante, neben der oftmals frühen Verheiratung und dem Verbleib im elterlichen Rahmen, ist die intensive Männerfreundschaft. Was in unseren

Augen schon schwul ist, kann durchaus über Jahre und mit großer Intensität betriebene homoerotische Bindung sein. Sie hat ihren Ursprung natürlich nicht im Koran, der Homosexualität und Sodomie, wie alle Großreligionen heftig bekämpft. Ihr Grund ist die scharfe Trennung der Geschlechter und der krasse Unterschied des Lebens auf der Straße und in der Wohnung. Die Männerfreundschaften halten meist auch über die Schulzeit hinweg und haben wohl mehr noch mit der sogenannten „Blutsbrüderschaft“ zu tun, als mit gleichgeschlechtlichen Neigungen. Unsere weitgehend körperlose Kommunikation ist sicher nicht der Maßstab menschlicher Begegnung.

Als ein türkischer Reiseleiter im Topkapi nicht nur den Harèm, sondern auch die homophilen Neigungen vieler Sultane im Feldlager thematisierte, zugegeben sehr provokant, stieß er auf einhellig entsetzte Ohren. Die Empörung war wohl echt.

Aber das sollte deutlich werden, nicht die Worte des Koran treffen die Jugendlichen, auch wenn einige noch die Maria-Sure wissen, als wir ihren Alterssitz bei Ephesus besichtigen, nicht der Koran, sondern wenige, aber starke Lebensregeln zur Ordnung des Familienverbands sind das, was als Islam bei den Jugendlichen zum Tragen kommt. Es ist weniger die Religion, als salopp gesagt, eine Art Verhaltensknigge, eine Regelung des sozialen Umgangs im religiösen Mantel. Denn natürlich lassen sich bei Mohammed auch sehr frauenfreundliche, anerkennende Worte finden.

Er braucht wohl nicht extra betont zu werden, daß für verunsicherte und wenig anerkannte junge Menschen gerade diese wenigen starken Ordnungsregeln einen positiven Eindruck hinterlassen. Bei den Männern wohl gemerkt, bei den jungen Türcinnen scheinen gerade hier die meisten Konflikte zu entstehen. Aber davon ist im Metallbereich der Berufsschularbeit leider nichts zu beurteilen.

Erste Rückbegegnung¹²:

Gleichsam wie eine Spiegelung dessen, was türkische Jugendliche sein sollen, erschienen uns weite Teile der ersten Rückbegegnung mit der Berufsschule aus Antalya, die im Sommer 1996 in Berlin stattfand. Zwanzig türkische Jugendliche zum ersten Mal außerhalb des Landes, oder überhaupt weiter weg von zuhause.

Wir hatten fast kein Problem mit Disziplin und Tischordnung, kaum morgendliche Debatten um Aufstehzeiten. Stattdessen: Sofortige Ausführung der Anordnungen des Lehrers. Aber eben nicht mit duckmäuserischen Begleiterscheinungen, sondern in der soliden Gewißheit und dem Vertrauen beiderseits, daß die Ordnung so sein muß.

Gut – es wurde eine soziale Elite auf Erkundungsreise geschickt. Es gab den Charakter der Belohnung für leistungsstarke und meist jüngere Berufsschüler. Die Lehrer aber hatten etwas von dieser beruhigend natürlichen Autorität, die auch mächtig sich ins Zeug legt für ein Fest, um sich dann und die Gäste gut bedienen zu lassen. Und es gab die zwei Tage in der Mitte der Reise, in denen die Jugendlichen unbeaufsichtigt und entsprechend ungezügelter die Tage gestalteten.

Es läßt sich nicht verhehlen, daß das Pädagogenherz höher schlägt, wenn Jugendliche aus der Türkei von Berliner Großbaustellen interessant berichten können, oder von preußischer Schloßgeschichte einfach viel behalten haben, wenn also gerade das ankommt, was man auch vermitteln will.

Nur in einer Begebenheit haben sie uns dann doch verblüfft. In der Abschlußbe-

sprechung fragten wir sehr konkret nach ihrem Eindruck von deutschen Lehrlingen und Jugendlichen. Und mußten uns anhören, daß die Berliner Jugend in der U-Bahn, oder Lehrlinge im Oberstufenzentrum¹³, oder was auch immer sie gesehen haben, mit Bezeichnungen wie „verkommen“, „schade drum“ oder gar „verlorener Generation“ bezeichnet wurden. Für die Aufbauleistung Berlins waren sie voll Bewunderung, aber bei dieser Jugend sahen sie für die Zukunft Deutschlands entschieden schwarz.

Hilfreich war dann doch, in unsere Verblüffung hinein, eine Lehrerintervention, die uns erklärte, daß abweichendes und auffälliges Verhalten bei der Erziehung in der Türkei sehr negativ besetzt wird. Besser ist es, in der Konformität der Masse zu schwimmen und sehr gut ist es, eben nicht aufzufallen.

Und wir dachten, sie amüsierten sich über die bunten Haare und geben den Punkern endlich mal die nötige Aufmerksamkeit, die sie ja schon lange nicht mehr haben.

Blitzartig verdeutlichte dieser Eklat am Abschluß noch einmal, wie breit der Graben ist zwischen türkischer und deutscher Erziehung und welchem Spagat türkische Jugendliche in Berlin ausgesetzt sind. Vielleicht ist es auch einfach zuviel verlangt, daß in einer Generation der Mensch so schnell mutiert. Das gelingt ja nicht einmal, wenn die gleiche Sprache vorhanden und die Mauer weg ist. Lassen wir den Ahmeds und Mahmuts und wie sie alle heißen noch ein wenig Zeit, zu Achim und Manfred zu werden. Von mir aus müssen sie das auch nicht unbedingt.¹⁴



1 Zahlen nach: Bezirksamt Kreuzberg (Hg.), Informationen zum Bezirk, S.25

- 2 Angaben nach: Statistisches Landesamt Berlin (Hg.), Die kleine Berlin-Statistik.
- 3 David D. Gilmore, Mythos Mann. Wie Männer gemacht werden – Rollen, Rituale, Leitbilder. dtv-Sachbuch, München 1993, S.33-61.
- 4 Die Evangelische Berufsschularbeit (EBA) deckt in Berlin die kirchliche Arbeit an Berufsschulen ab. Hierzu gehört ein Kollegium von derzeit ca. 25 Kolleginnen, die die diversen Berliner Oberstufenzentren (OSZ) betreuen. Ein OSZ ist in Berliner Sprache ein Berufsschulzentrum. Die Arbeit der EBA findet auf drei Ebenen statt: In Form von Arbeit in der Schule, in Form von Seminartagen (Klassentagen) außerhalb der Schule und in Form von Bildungsurlaubsseminaren in Berlin, in der Türkei usw. Was diese Arbeit u.a. so spannend macht, ist das Arbeiten mit geschlossenen Klassen, d.h. auch mit Angehörigen verschiedener christlicher Richtungen, mit Muslimen, Hindus und vor allem mit Atheisten.
- 5 Oft sehr überspannt feministisch, hier aber hilfreich ist die 1991 von der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats (Redaktion: Krisztina Kehl und Ingrid Pfluger) herausgegebene Broschüre „Die Ehre in der türkischen Kultur – Ein

- Wertesystem im Wandel“. Dort v.a. S.8 – 17, 6 ebd. S.11.
- 7 Hermann Tertilt, Turkish Power-Boys. Ethnographie einer Jugendbande. Suhrkamp-Taschenbuch Frankfurt/Main.
- 8 ebd. S.242.
- 9 ebd.S.110. Das ganze Buch gibt einen aufschlußreichen Einblick in die Lebensrealität türkischer Jugendlicher.
- 10 Prof. Dr. Necmettin Erbakan, Gerechte Wirtschaftsordnung. Ankara 1991. Hg. von der Refah Partisi.
- 11 ebd. S.29.
- 12 Unsere Bildungsurlaubsfahrten werden vom Bundesjugendplan als „internationale Begegnungen“ mehr schlecht als recht gefördert. Wenn dann, wie in unserem Fall, eine türkische Austauschgruppe nach Berlin kommt, heißt das schön bürokratisch „Rückbegegnung“.
- 13 Bezeichnung der Berufsschulen in Berlin. Abkürzung: OSZ.
- 14 Zum Schluß möchte ich nicht versäumen, meinem Kollegen Dr. Ulrich Peter für mancherlei Türkeireisen und Gespräche zum Thema zu danken.

Rainer Pink

Berufliche Bildung wohin? Ein Erfahrungsbericht aus der Berliner Schulpraxis

Ein Artikel aus meiner subjektiven Sicht und Tätigkeit an der Berufsfachschule des Oberstufenzentrums Bautechnik I in Spandau.¹

Es ist wieder mal geschafft! Fast alle Ausbildungsplätze unserer Berufsfachschule² (7 Berufe³) konnten besetzt werden! In einigen Berufen gab es wie immer eine rege Nachfrage: bei den Holzmechanikern, Elektroinstallateuren und Zimmerern. Dagegen machte es doch größere Mühe, die Ausbildungsplätze bei den Gas-Wasser-Installateuren, Konstruktionsmechanikern, Mauern und Betonbauern zu vergeben. Und

das bei fehlenden Ausbildungsplätzen in der Stadt und im Umland!

Und was hat uns die Bewerberauswahl wieder an Zeit gekostet! Eingehende Bewerbungen mußten von den Fachteams gesichtet und aussortiert werden nach den Kriterien Bemerkungen, Leistungen und Fehlzeiten auf den Zeugnissen der allgemeinbildenden Schulen. Hierauf folgte eine Einladung zu einem 90minütigen Test. Je

eingestellten Bewerber kommen so etwa eine Stunde an Zeitaufwand zusammen, also ca. 20 Stunden für die Klasse. Hierzu summiert sich noch der Zeitaufwand der Verwaltung mit Einladungen, Zu- und Absagen und die »Aussortierung« durch die Fachteams.

Festzustellen ist:

- Es genügen nur etwa 5% der Bewerber unseren Kriterien, d.h. ich brauche ca. 400 Bewerbungen, um eine Klasse mit 20 Azubis zu füllen.
- Den meisten Bewerbern fehlt es an grundsätzlichen Kenntnissen und Fähigkeiten, insbesondere in der deutschen Sprache und in der Mathematik: Vielen ist es nicht mehr möglich, einen vorgegebenen Text zu analysieren und auf Fragestellungen zu antworten. Z.T. werden Grundrechenarten nicht mehr beherrscht, eine Lösung mit dem Taschenrechner scheint den Bewerbern aber möglich...?!

Im Metallbereich gibt es noch immer Blockunterricht (abwechselnd 2 Wochen Schule/Theorie und dann zwei Wochen Werkstatt/Fachpraxis). Das bedeutet für mich, wenn meine Klasse in der Schule ist, eine Unterrichtszeit von bis zu 34 Wochenstunden und andererseits ein Minimum von 14 Wochenstunden. Das ist eine unzumutbare Verteilung von Belastung! Als Lehrer ist man nach den 2 Wochen mit 34 Wochenstunden völlig erschöpft und bei eigenem Ausfall kaum zu vertreten. Als Schüler/Azubi ist ein zweiwöchiger Ausfall bei Fehlen kaum noch aufzuholen.

Wie bekannt sein dürfte, hat die Privatwirtschaft die gewerblichen Ausbildungsplätze in Berlin erheblich reduziert. Für die Berufsgruppe der Konstruktionsmechaniker (Bauschlosser) gibt es in Berlin noch ca. 80 Auszubildende, davon allein 20 in unserem OSZ! Hier stellt sich die wichtige Frage, ob

die von uns in einer dreieinhalbjährigen formalen Ausbildung qualifizierten Facharbeiter (alter Prägung) überhaupt noch so benötigt werden. Dem stehen Aussagen der Industrie entgegen, die fordern:

- Nur noch ca. 20% eines Ausbildungsjahrgangs sind höher zu qualifizieren (3 bis 3 1/2jährige Ausbildung) bei hochautomatisierter Produktion.
- Bei den anderen 80% reicht für das, was diese tun müssen, eine mindere Qualifikation (Stufenausbildung, Ausbildungssegmente oder »Module«).
- Auszubildende haben große Mängel in Basisqualifikationen (s.o.!), können und wollen auch nicht mehr so lange ausgebildet werden.

Die letzte Aussage voll und ganz als richtig unterstellt, will sich die kapitalistische Großwirtschaft ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung entziehen und

- schiebt einerseits die tatsächlich vorhandenen Mängel der »Gesellschaft«/Politik zu.
 - wird die (Aus)bildungsunlust individualisiert und den Auszubildenden zugeschoben.
- Gerade sie ist es aber doch, die, bei dieser ihr willfährigen Regierung, einen maßgeblichen Einfluß auf die Politik und die Lebensverhältnisse in diesem Land hat!
- Dem Kapital ging und geht es letztendlich immer darum, die Verwertungsbedingungen des eingesetzten Kapitals zu verbessern, die Profite zu steigern. Heute braucht man da auch keine Rücksicht mehr auf die abhängig Beschäftigten zu nehmen, bzw. sich mit deren Gewerkschaften abzustimmen, um gemeinsam als Garanten für »Freiheit und Wohlstand« aufzutreten: Es gibt weltweit nur dieses eine kapitalistische Wirtschaftssystem, eine echte Alternative/Konkurrenz fehlt!

Auch das deutsche Kapital agiert nun weltweit, und ihm ist am Schicksal der



deutschen Arbeiter wenig gelegen, wenn sich Kapital anderswo besser verwerten läßt. Die Facharbeiterqualifikationen in den angrenzenden östlichen Nachbarstaaten sind für eine Produktion mittlerer Technologieintensität voll ausreichend und das bei nur 10% der Lohnkosten! Warum also in Deutschland noch ausbilden und fertigen, wenn durch eine Produktionsverlagerung Extraprofite realisierbar sind und Ausbildungskosten gespart werden können?

So hat der »Thatcherismus« in Großbritannien die Anlagemöglichkeiten/Verwertungsbedingungen auch des deutschen Kapitals erheblich verbessert: Die Gewerkschaften sind weitgehend ausgeschaltet, aber auch die eigene Industrie spielt keine Rolle mehr. Deutsche, japanische und US-Konzerne teilen sich den Markt. Gleichzeitig haben die Werkstätigen Großbritanniens die schlechtesten Arbeits-, Lebens- und Sozialbedingungen aller hochindustrialisierten Staaten Europas!

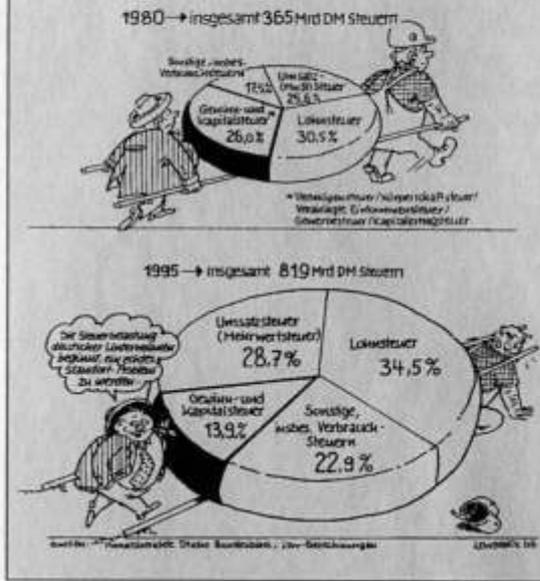
Ca. 80% der deutschen Auslands-Investitionen gehen in andere Industriestaaten, also insbesondere in die EU, in die USA, nach Japan und in die »Tigerstaaten« Südasiens, um möglichst marktnah ferti-

gen zu können. Hier ist man dann auch gleichzeitig regierungsnah und kann so Einfluß auf die Politik des Landes nehmen.

Die konservativ-liberale Regierung hat seit Beginn der 80er Jahre dafür gesorgt, daß Selbständige und Unternehmer immer mehr investieren konnten, indem sie immer mehr von Abgaben entlastet wurden. In den letzten 15 Jahren hat eine erhebliche Umverteilung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland stattgefunden, zugunsten der Kapitaleigner, und dieser Trend beschleunigt sich. Das Steuereinkommen der Werkstätigen hat sich am Gesamtsteueraufkommen ständig erhöht und lag 1995 bei 34,6%, das der Kapitaleigner dagegen bei nur 13,9%. 1980 standen noch 30,5% Lohnsteuern 26% Gewinn- und Kapitalsteuern gegenüber. Die abhängig Beschäftigten haben immer weniger von dem von ihnen erzeugten Reichtum!

Seit Jahren »moderat«, doch nun immer drastischer, gehen die regierenden Politiker an den Abbau des Sozialstaates. Die Folge: immer mehr Menschen verarmen. Hier drängt sich die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit des Handelns dieser Politiker auf, handeln sie nicht mindestens verfassungswidrig, indem sie die sozialen Standards verschlechtern? Und in diesem Zusammenhang: Müssen nicht alle (abhängig beschäftigten) Beamten Widerstand hiergegen leisten, so sie doch einen Eid auf das Grundgesetz geleistet haben? Müßten nicht Lehrer in besonderem Maße Widerstand leisten und in der Information der Bevölkerung eine Vorreiterrolle spielen? Schließlich haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen auch der Lehrer in dieser Stadt in den letzten Jahren verschlechtert: Minderung des Realeinkommens; Verschlechterung der Altersversorgung; Verschiebungen und Kürzungen bei Stundenermäßigungen für Lehrerfortbildung, Prüfertätigkeit, Altersermäßigung; Erhöhung

Lastenverteilung.



Stich gelassen und beginnen zu verwahren. Eine steigende Zahl wächst in Obdachlosenunterkünften auf und lebt von Sozialhilfe (1995: 1 Million!)

Was also müßte geschehen? Ich glaube, daß Menschen nur im freundlichen Miteinander auf dieser Erde überleben können, doch hierzu sind globale zivile Regeln notwendig, die alle anerkennen müssen. Dieses allein ist schon eine Vision, die nur langfristig erreichbar sein dürfte. Kurzfristig zu erreichen wäre aber diese Vision für ein Europa mit hohen sozialen Standards (ohne Armut und Elend); einer demokratischen Industriekultur (Mitbestimmung der Beschäftigten); verstärktem Einsatz regenerativer Energien (Forschung und Fertigung); verstärktem Natur- und Artenschutz. Auf diese Ziele müßten natürlich alle gesellschaftlichen Teilsysteme ausgerichtet werden, so eben auch das Bildungswesen, so daß die Fragestellung »was, wie und wo soll im 21. Jahrhundert gelernt werden?« eindeutig beantwortet werden kann.

der Lehrerarbeitszeit um eine Wochenstunde; Streichung von Dienstreisekosten zur Fortbildung und Teilnahme an Klassenfahrten; Demontage des Lehrerbildes in der Öffentlichkeit (z.B. Schröder/SPD: »Faule Säcke«...)

Diese Punkte, Teil der ökonomischen und politischen Entwicklung im Lande, haben viele Kolleginnen und Kollegen demotiviert. Schließlich sollen sie bei sinkenden Realeinkommen mehr arbeiten/leisten, und gleichzeitig können sie in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen von zweistelligen Zuwachsraten bei den Gewinnen der Konzerne und Banken lesen. Und die Jugend, die diese Lehrer/innen erziehen sollen, wird immer schwieriger, weil aggressiver und lernunwilliger, und dadurch steigt die psychische Belastung der Lehrer/innen weiter an. Mehr und mehr Jugendliche und junge Erwachsene fühlen sich ausgegrenzt, im

- 1 OSZ bedeutet Oberstufenzentrum. Das ist in Berlin die Bezeichnung für Berufsschulzentrum. Es gibt derzeit 22 OSZs.
- 2 An der Berufsfachschule eines OSZ erwerben Azubis sowohl den Gesellen- bzw. Facharbeiterbrief und haben parallel die Möglichkeit den Fachhochschulzugang zu erwerben. Arbeitgeber ist der Berliner Staat bzw. die Schulträger, d.h. die jew. Stadtbezirke. Die praktische Ausbildung erfolgt in schuleigenen Ausbildungswerkstätten mit schuleigenen Meistern, Ausbildern und Baustellen.
- 3 Konstruktionsmechaniker (früher Bauschlossler), Gas-Wasser-Installateure, Elektro-Installateure, Zimmerer, Holzmechaniker (früher Bau-Tischler), Betonbauer und Maurer.

Die folgenden Vorschläge über neue Bewertungsrichtlinien für die Abschlußprüfung von Industriemechanikern entnahmen wir dem »Fuffi« (Mitteilungsblättchen des Oberstufenzentrums für Maschinen- und Fertigungstechnik)

Neue Prüfungsordnung

Prüfungsfrage: Wo gibt es Eskimos und wovon leben sie?

Antwort: In Nigeria, und sie wohnen in Lehmhütten, und sie jagen Elefanten.

Aufgrund bisheriger Prüfungskriterien würde jeder Prüfungsausschuß diese Antwort als falsch einschätzen und nach der üblichen 10-Punkte-Werteskala vermutlich mit null Punkten bewerten.

Die neuen Bewertungsrichtlinien verfolgen dagegen eine ganz andere Dimensionierung. Diese wird bei präziser Betrachtung der erteilten Antwort einleuchtend und gehaltvoll.

Neue Bewertungsanalyse:

Es ist durchaus richtig, daß die Eskimos »wohnen« und »jagen«. Schon diese beiden treffenden Aussagen lassen daher eine Null-Punkte-Bewertung nicht zu, sondern sie verlangen zumindest 2 Punkte. In Verbindung mit dem Begriff »wohnen« hat der Prüfling zutreffend erkannt, daß die Eskimos nicht den hochentwickelten Industrieländern sozial zuzuordnen sind, sondern daß sie in sehr einfachen Behausungen (Lehmhütten) wohnen. Diese Art von Einfachbehausungen sind aber charakteristisch für den afrikanischen Kontinent, so daß die Zuordnung »Nigeria« eine weitere Denkleistung belegt. Die Doppelbeziehung von »Nigeria« mit a) dem Wohnen in »Lehmhütten«, als auch mit den b) Beutetieren »Elefanten« läßt eindeutig das Denken mit logischen Verknüpfungen erkennen. Somit kann eine Wertung von mindestens 7 Punkten als angemessen betrachtet wer-

den. Da die Eskimos tatsächlich von Tieren leben, ist auch die Antwort »sie jagen« korrekt und mit einem weiteren Punkt zu werten. Analysiert man weiter, so stellt man fest, daß der Prüfling ganz überwiegend zutreffende Aussagen machte. Geht man weiter davon aus, daß das ausgefallene Vokabular artfremder Gebiete für seinen zukünftigen Beruf völlig nebensächlich ist und von ihm daher nicht genügend gefestigt sein konnte, er außerdem leichte Probleme in der Ausdrucksweise besonders unter dem Druck der Prüfungsbedingungen hatte, so kann man hier sicher insgesamt 9 Punkte als leistungsrelevant ansetzen. Sollten die Prüfer noch unsicher sein, den Prüfling möglicherweise zu streng beurteilt und benachteiligt zu haben, so sollten sie hier zu Gunsten des Prüflings werten und die Punktzahl vielleicht besser auf den Maximalwert von 10 Punkten erhöhen.



Sozialarbeit nach dem „Sieg“ des Kapitalismus¹

Zu Beginn eine assoziative Erinnerung, eine Erinnerung an zwei jüdische Frauen, an Rosa Luxemburg und Alice Salomon. Man könnte an ihrer Geschichte die Geschichte sozialer Veränderung und sozialer Arbeit in einer nicht grundlegend veränderten Gesellschaft beschreiben. Ich möchte ihre beiden Entscheidungen nicht kontradiktorisch, sondern komplementär sehen. Wir müssen Rosa und Alice zusammen denken, zusammen sehen. Bei beiden geht es um Solidarität nach unten, um das Verlassen der bürgerlichen Welt, um den Versuch der Veränderung der Gesellschaft. Rosa, die erklärte Pazifistin und Liebhaberin des Lebens, man lese nur ihre Gefängnisbriefe, hofft auf den Sieg der Arbeiterklasse in Gestalt der Sozialdemokratie. Als der 1. Weltkrieg ihre Hoffnungen vorerst zunichte macht, bleibt sie doch ihrer Utopie treu, vertraut der Geschichtsdialektik, die die alten morschen Verhältnisse zu Fall bringt, stürzt sich, aus dem Gefängnis entlassen, in den politischen Tageskampf, hofft durch gewaltfreie Agitation die ArbeiterInnen überzeugen zu können und wird von der Soldateska der Rechten ermordet.

Alice Salomons Name ist mit der Entwicklung der sozialen Arbeit zum Beruf untrennbar verbunden. Am Beginn ihrer Berufung steht die Erfahrung sozialer Schuld der Begüterten gegenüber den Armen, aber auch der Wunsch, als Frau etwas Sinnvolles zu tun. Um der Enge ihrer vorgeschriebenen Frauenrolle zu entkommen, greift sie zu, als sie eine Einladung zur Gründungsversammlung der Mädchen und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit erhält. Sie beteiligt sich engagiert an der

Schularbeitenhilfe für Kinder armer Leute. Sie geht auf Hausbesuche und lernt die Lebensverhältnisse der armen Bevölkerung kennen. Sie organisiert Kurse zur beruflichen Ausbildung in der Wohlfahrtspflege und gründet schließlich in Berlin die erste soziale Frauenschule. Alice Salomon sieht in der sozialen Arbeit der Frau eine besondere Kulturleistung, Eignung und Emanzipation zugleich. Entsprechend hoch ist das Ethos, das sie für diesen sozialen Beruf entwickelt: Verstehende, lebendige Beziehungsarbeit von Mensch zu Mensch, die den Klienten Instand setzt, sein Schicksal selbsttätig zu gestalten, wenn auch nicht die Not selbst, so doch seine Energiemängel zu beheben, die ihn immer wieder in Not geraten lassen.

Rosa Luxemburgs offensive revolutionäre Einmischung und Alice Salomons beharrliche Beziehungsarbeit, Spartakus und die soziale Frauenschule – dieses scheinbar Unvereinbare gehört zusammen im wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. Rosa Luxemburg konnte den Kompromiß der Weimarer Republik nicht mehr erleben, Alice Salomon in ihm ihre besondere Wirkung entfalten – ein gewaltiges Anwachsen professioneller Sozialarbeit, die Entstehung der gesetzlichen Grundlagen staatlicher Sozialarbeit und der freien Wohlfahrtsverbände, kurz den Ausbau der Sozialarbeit zu einem Teilsystem sozialer Dienstleistung, das in dieser Form bis heute Bestand hat. Und dessen Etablierung in der ehemaligen DDR wir gerade miterleben, im Übergang von einer bürokratisch formierten Gesellschaft zu der von Beck beschriebenen modernen Risikogesellschaft kapita-

listischer Prägung. Gerade in den neuen Bundesländern wird auf massenhafte, kollektive Weise das dramatisch erfahren, was in dieser Analyse eine Individualisierung sozialer Risiken genannt wird (nur eben jetzt als fast kollektives Schicksal). Ist die Existenz zwischen den Zeiten, von der Totalversorgung im sozialistischen Überwachungsstaat zu der individuellen Selbststeuerung im nachmodernen Sozialstaat die Stunde der Sozialarbeit im Sinne Alice Salomons? Angesicht des deutlichen Wis-



sens, daß sich ganz schnell nur für wenige etwas ändert, macht Sozialarbeit als lebendige Beziehungsarbeit von Mensch zu Mensch diese Situation aushaltbarer? Indem ich so frage, verwandelt sich mir unter der Hand die jüdische Bürgerstochter aus dem Berlin der Jahrhundertwende zu einer Alice im Wunderland ausdifferenzierter Sozialarbeit, einer Alice in vielerlei Gestalten, Institutionen und Diensten, während Rosa Luxemburg wie die Alice in der Geschichte von Lewis Carroll fast gänzlich weggeschrumpft. Das aber wäre nicht gut, sie muß uns vielmehr als strukturelle Veränderung annehmende Gestalt, gerade auch bei der Etablierung von Sozialarbeit lebendig in Erinnerung bleiben.

Nach dieser einleitenden Assoziation einige provozierende Thesen

1. These: Soziale Arbeit nach dem Sieg des Kapitalismus, das ist keine neue Erfahrung, das gab es bereits 1919, dann 1948 und jetzt wiederum 1990. Z.B. 1919, der Sozialstaat ist der Klassenkompromiß zwischen Sozialdemokratie und Kapitalismus oder anders gesagt: der Wohlfahrtsstaat der Weimarer Republik mit seinen weitgehenden Rechten für die Arbeiterschaft ist der Verfassungskompromiß einer gescheiterten Revolution. Oder noch anders: die Errungenschaft einer die kapitalistische Wirtschaftsform akzeptierenden Sozialdemokratie. In den 20er Jahren wurden mit dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und der Reichsfürsorgeverordnung die entscheidenden Grundlagen des Sozialstaats geschaffen (während die Durchsetzung der Arbeitslosenversicherung bereits in dem Strudel der Weltwirtschaftskrise weitgehend scheiterte). Sozialarbeit wird zu einem Teilsystem der Gesellschaft, Sozialpädagogik zur dritten Erziehungsinstanz neben Familie und Schule. Noch die sozialpolitischen Artikel im Verfassungsentwurf des Runden Tisches von 1990 stehen in dieser Tradition.

2. These: Daß der Kapitalismus sich zu Tode siegt, ist eine Hoffnung, formuliert aus der Perspektive des ewigen Verlierers. Wir müssen weiter mit ihm rechnen und in ihm leben. Der auf dieser Erde erreichbare Sozialismus ist der bis zur Unkenntlichkeit zivilisierte Kapitalismus. Soziale Arbeit ist ein Teil, um nicht zu sagen ein wichtiger Beitrag zu dieser Zivilisierung. Gerade was der Sozialarbeit oft vorgeworfen wird, nur Feuerwehr und Pannenhilfe zu sein, kann bewußt angenommen ihre Stärke werden. Daß soziale Arbeit im Kapitalismus für viele benachteiligte Menschen das Leben erträglich macht, muß nicht sogleich diffamiert werden. Etwa so: soziale Arbeit legt die Hoffnungen auf eine bessere Gesellschaft

still, sie bindet die Klienten an dieses System, anstatt zu seiner Überwindung beizutragen. Ich finde: soziale Arbeit hilft benachteiligten Menschen, ihr Leben besser zu meistern. Ihre bessere Ausstattung und die Verfeinerung ihrer Methoden kommt nicht zuletzt auch den Sozialagenten zugute, weil eine qualitativere Professionalisierung den Sinn ihrer Arbeit erhöht.

3. These: Der Sieg des Kapitalismus nötigt soziale Arbeit zu einer offensiveren Einstellung. Solange der Sozialismus existierte, gab es einen permanenten, wenn auch begrenzten Anstoß zur Veränderung durch Systemkonkurrenz. Diese ist nun endgültig dahin. Keine sozialistischen Errungenschaften mehr, auf die zur Beförderung der Reformen im eigenen System hingewiesen werden könnte, und sei es nur im Bereich der Kindertagesstätten. Jetzt hilft nur noch der Vergleich mit anderen kapitalistischen Sozialstaaten und der gesteigerte reformerische Antrieb der sozialarbeiterischen Kräfte innerhalb des Systems in Zusammenarbeit mit sozialen Reformbewegungen.

Soziale Arbeit muß ihren offensiven Charakter zurückgewinnen. Dieser offensive Charakter zeichnete die radikalen Bürgerinitiativen und die konfliktorientierten Projekte der Gemeinwesenarbeit in den 70er Jahren aus, die Organisation der Interessen von Betroffenen durch Selbsthilfinitiative und Gemeinwesenarbeit gegen die Planungen und Interessen von Verwaltung und Industrie, mit dem Ziel, soziale Machtstrukturen zu verändern, durch Protest von unten errungene Erfolge gesetzlich zu verankern und so eine teilweise Veränderung der Gesellschaft zu erreichen. Bekanntlich ist die Expansion und Professionalisierung von Sozialarbeit am Ende der 70er und in den 80er Jahren einen anderen Weg gegangen. Nach dem Scheitern der antikapitalistischen Experimente, von denen es ohnehin nur wenige gab, entschie-

den sich die Träger von Sozialarbeit für die Nutznießung der Spielräume im sozialstaatlichen Kapitalismus. »Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm«, dieser Satz aus der Dreigroschenoper gilt auch für die Sozialarbeit. Es fand, böse ausgedrückt, eine teilweise Hedonisierung der Sozialen Arbeit statt, Sozialarbeit nach dem Lustprinzip, man stieg u.a. voll ein in die sich immer mehr ausweitende Therapiegesellschaft. Private Begründungen für sozialen Einsatz gewannen Oberhand: »Er soll nun sozusagen im sozialen Zwischenhandel Gewinn abwerfen: Erlebnis, Erfahrung, Lebenssinn bescheren, Therapie auch für den Helfer sein« (Wendt, in: C. Muhlfeld (Hg.), Sozialarbeit deutsch-deutsch, Neuwied 1991, S. 51). Konjunktur hatten methodisch die Ansätze bei einer der vielen therapeutischen Aufbereitungen auf dem Markt. Sie waren so verführerisch, weil man bei der psychischen Binnenregulierung bleiben konnte und nicht das ganze Lebensfeld der Menschen beackern mußte. Ganzheitliche Problemlagen von Menschen wurden zergliedert und an Spezialisten verwiesen. »Es kommt vor, daß an einer Familie, ja sogar an einem Menschen gleich ein ganzes Heer von Professionellen herumwerkelt, die alle einen institutionellen Auftrag haben und es außerordentlich gut meinen« (Hinte, ebd.). Das Bemühen der Träger von Sozialarbeit, im Zuge der institutionellen Absicherung neue Geldquellen zu erschließen, führte zur Erfindung neuer Spezialdienste und Berufsgruppen. Im einzelnen sicherlich hilfreich, vor allem aufgrund der gestiegenen Professionalisierung. Aber insgesamt ist die Soziale Arbeit trotz massiver struktureller und methodischer Umorganisation heute vor allem durch Unübersichtlichkeit, Mehrfachbetreuung, Trägerkonkurrenz, Lebensweltferne und Verlust ganzheitlicher Hilfe geprägt. Die SozialarbeiterInnen wissen und können mehr, handeln aber in der Praxis nicht viel anders als ihre schlechter aus-

gebildeten VorgängerInnen. Vor allem ist es nicht gelungen, das klassische Problem Sozialer Arbeit zu lösen: das der Funktion der sozialen Feuerwehr in der Situation des sozialen Zusammenbruchs. Soziale Arbeit kümmert sich reaktiv um Problemlagen, die woanders verursacht wurden (z.B. im Bereich der Wirtschaft). Was hilft mir mein methodisches Instrumentarium zur Beseitigung der Wohnungsnot? Vor allem hängt Soziale Arbeit immer noch an dem Konzept der Pädagogisierung, wie es in den 20er Jahren entwickelt wurde. Aus der Annahme, die Klienten seien unfähig, nicht vertrauenswürdig, nicht in der Lage zu wissen, was für sie gut ist und erst recht nicht fähig, das Leben eigenständig zu führen, entsteht, durchaus verbunden mit einem hohen Berufsethos, der Wunsch, erzieherisch auf die KlientInnen einzuwirken, sie nach dem je eigenen oder gesellschaftlichen Bild zu formen. Ohne diese Bemühung abzuwerten, von der Intention her ist sie doch fraglich von ihrer Funktion her und von ihrer theoretischen Voraussetzung.

4. These: Nach dieser Kritik noch einmal die Frage, wie und wo kann eine kritische und offensive Sozialarbeit im sozialstaatlichen Kapitalismus ansetzen, um mehr zu sein als reaktive Intervention? Wie kann sie sich wieder aktiv einmischen in die Sozialpolitik, ja in die Auseinandersetzung um eine grundlegende Reform der Gesellschaft? Zunächst muß sie das überhaupt wollen, also ihre Funktion als auch öffentlich sich artikulierendes soziales Gewissen der Gesellschaft wiedergewinnen. Neben der inneren Spezialisierung und Professionalisierung ist die Dimension der öffentlichen Anklage wiederzugewinnen. Also nicht nur die Beteiligung an Expertenanhörungen bei der Ausarbeitung neuer Gesetze und Vorschriften. Wenn Sozialarbeit angesiedelt ist zwischen den Institutionen der Sozialpolitik einerseits und den Selbsthilfegruppen und Bürgerbewegungen an-

dererseits, so muß sie angesichts des Skandals der Verelendung großer Bevölkerungsgruppen sich endlich öffentlich/dramatisch zum Anwalt der Betroffenen machen. Aus der Wahrnehmung von Leiden vor Ort muß sich immer wieder stellvertretend der Aufschrei, christlich gesprochen, der Protest für das Leben hören lassen. Dies ist vor allem auch eine Aufgabe der beiden großen Kirchen als Träger gewaltiger Unternehmungen von Sozialstaat, Aufgabe im Sinne des prophetischen Wächteramtes wie in ihrer Funktion, memoria passionis, Gedächtnis der Leidenden (Metz) zu sein.

Dieser Protest muß ggf. bis hin zur begrenzten Regelverletzung und zivilem Ungehorsam gehen. Die dramatische Symbolisierung von Notständen und die Organisation von Massenprotest wären erprobte Aktionsformen von solcher Radikalität. Wäre es nicht an der Zeit, so frage ich, das Projekt einer massiven Kampagne der Armen wieder aufzunehmen, wie es Martin Luther King kurz vor seiner Ermordung in Washington durchführen wollte? Sprich: Das öffentliche Lahmlegen einer Stadt durch dauerhafte Aktionen zehntausender von Wohnungslosen, Arbeitslosen und Asylsuchenden. Indem ich das vorschlage, weiß ich schon um die Vergeblichkeit solcher Vorschläge. Das Anwachsen von Armut ist mit politischer Ohnmacht verbunden. Der Überlebenskampf absorbiert alle Kräfte; für politischen Protest bleibt keine Energie (auch wirkt das Schicksal vieler Protestbewegungen abschreckend) und letztlich greift auch in diesem Bereich das Konzept der Individualisierung, sprich die Hoffnung des Einzelnen auf Rettung aus der Masse der Armen und Verlorenen. So ist mein Vorschlag von abstrakter Radikalität und doch notwendig als Erinnerung an das, was überraschend immer wieder gelingen kann. Wenn es möglich war, den bürokratischen Sozialismus zu überwinden, dann muß es doch auch gelingen, den Ka-

pitalismus im Sinne umfassender sozialer Gerechtigkeit zu transformieren, so Ulrich Duchrow (Beiheft zur Jungen Kirche, Februar 1992). Eine Ermunterungslogik, die aber nicht auf den Deus ex machina warten darf, sondern zwischenzeitlich sich an der Erprobung von Reformen im Interesse der Benachteiligten engagieren sollte.

5. These: Ein zweiter Vorschlag, weniger radikal, aber näher an der beruflichen Praxis von Sozialarbeit. Und anknüpfend an das Konzept konfliktorientierter Gemeinwesenarbeit und der Antipädagogik. Ich meine den Ansatz stadtteil und lebensweltlich bezogener sozialer Arbeit. Dieser Ansatz will nicht psychische Strukturen von Menschen verändern und erzieherisch auf sie einwirken, sondern er will soziale Räume verändern. Er orientiert sich an den geäußerten Bedürfnissen der Wohnbevölkerung. Er unterstützt Selbsthilfekräfte und Eigeninitiative. Er nutzt die Ressourcen des Stadtteils. Er sucht nach Kristallisationspunkten für Aktivitäten, an denen sich möglichst alle BürgerInnen beteiligen könnten, ist also zielgruppenübergreifend. Er mischt sich durch seine Arbeit ständig in andere Bereiche ein, ist also bereichsübergreifend. Er baut auf Kooperation und Koordination der sozialen Dienste auf. Bei all dem geht er von folgender Voraussetzung aus: Menschen sind Akteure in ihrer Lebenswelt, ihrem sozialen Raum. Dieser soziale Raum ist für viele Menschen immer noch ihr Stadtteil, ihre Straße, ihr Bezirk. Der Stadtteil ist der Lebens-, Lern- und Kulturort der Menschen und damit das erste Handlungsfeld der Professionellen. Überall im Stadtteil gibt es Gelegenheit, Kontakt aufzunehmen – im Interesse der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen. Man könnte fast sagen, Strassensozialarbeit als Prinzip. Stadtteilbezogene soziale Arbeit sieht die Bewohner eines Stadtteils nicht bewertend oder unter erzieherischem Aspekt. Sie nimmt sie als arbei-

tende, leidende und liebende Subjekte wahr, die oft unter schwierigen Bedingungen versuchen, ihr Leben so gut zu leben, wie es geht. Theologisch gesprochen ist der arbeitende und liebende Mensch auch unter einschränkenden Lebensbedingungen der Mensch in seiner Gottebenbildlichkeit. Er ist fähig, als MitarbeiterIn Gottes seine Welt, seine Lebenswelt zu verändern, wenn Initialzündungen (Befreiungen) stattfinden. Also nicht Besserung oder Erziehung der Menschen, sondern Selbsttätigkeit der Betroffenen im Verein mit den Professionellen. Und dieses durchaus immer wieder in Konflikt mit Verwaltung und Staat, durch Artikulation von Forderungen, die zunächst einmal in der Regel auf Widerstand der Bürokratien stoßen, aber auch von ihnen aufgenommen werden können.

Diese Forderung nach Veränderung der unzureichend ausgestatteten Lebenswelten ist aktuelle Einmischung von Sozialarbeit in die Politik als Verteilung von Lebenschancen. Natürlich drängt sich die Frage auf: Bringt dieser Arbeitsansatz die SozialarbeiterInnen nicht in Konflikt mit ihren Pflichtaufgaben, z.B. in den sozialen Diensten und anderen Tätigkeiten? Sollen die Pflichtaufgaben nicht gerade die mögliche Aktivierung der Betroffenen verhindern, schlimmeren Abweichungen vorbeugen, den Sozialstaat auf Stadtteilebene vor dem Absturz in Anomie und soziales Chaos bewahren? Nun man könnte das auch so deuten, daß der veränderte Kontext der Arbeit auch die Pflichtaufgaben verändert. Z.B. können die im Stadtteil verorteten verschiedenen sozialen Dienste besser genutzt und im Interesse der Betroffenen koordiniert werden. Mehrfachbetreuung als Merkmal der spezialisierten Klientisierung würde weniger werden, ebenso die abteilungsorientierte Zergliederung von ganzheitlichen Problemlagen. Überhaupt verlöre der Einzelfall, das Allerheiligste der sozialen Arbeit, die überhöhte Beziehungsarbeit von



Mensch zu Mensch ihre zentrale Bedeutung zugunsten eines stärkeren Eingehens auf den ihn herstellenden sozialen Raum. Die Veränderung der Verhältnisse im kleinen würde, so die Hoffnung, dazu führen, daß auch die Menschen sich ändern und sie somit nicht länger zu KlientInnen sozialer Arbeit werden müssen. Und natürlich umgekehrt, die Veränderung der Menschen durch Selbstorganisation würde sich auf die Verbesserung des sozialen Raumes auswirken.²

Ein beliebter Spruch für heute mögliche Veränderungen lautet: Global denken, lokal handeln. Blicke ich auf das Gesamtsystem, so überfällt mich ein Gefühl der Ohnmacht. Nur in lokaler Aktion kann ich meine globale Analyse produktiv umsetzen und Ohnmacht vermeiden. Stadtteilbezogene soziale Arbeit im Kapitalismus kann zunächst nichts an den grundlegenden Unrichtigkeiten dieses Systems ändern; die Entscheidungen für die Wirtschaft-, Steuer- und Sozialpolitik werden woanders ausgehandelt und getroffen. Aber eine vermehrte, öffentlich sichtbar werdende soziale Arbeit dieser ökosozialen Art könnte die politischen Kräfte stärken, die im sozialen Bereich wirkliche Reformen anstreben. Ob diese Reformen den Kapitalismus so transformieren, daß er ein menschlicheres Antlitz erhält, daß er zu etwas Drittem zivilisiert wird, das ist vorerst nur zu hoffen. Aber abgesehen davon: diese soziale Arbeit kann im Sinne von Graswurzeldemokratie »neue Basisstrukturen« schaffen, in denen Menschen ihr Leben möglichst selbständig gestalten, eigene Werte entwickeln, Forderungen stellen und sich wehren können, wenn von oben Segnungen oder Zumutungen kommen, die man nicht haben will.

Soziale Arbeit also als Anwalt der Lebenswelt von Menschen, deren Ansprüche offensiv an die Welt der Verwaltung (deren Repräsentant der Sozialarbeiter ja auch ist) herangetragen werden.

Dieses Konzept der Einmischung zur Veränderung lokaler, sozialer Räume sagt mir zu, weil es meinem Verständnis von Gemeinwesenarbeit der Kirchengemeinde entspricht und weil ich nach diesem Ansatz praktisch mit anderen zu handeln versuchte. Konfliktorientierung und Ohnmachtsüberwindung, verstanden als Entschlüsselung schöpferischer Autonomie des Menschen, durch gewaltfreie Aktionen im Sinne Martin Luther Kings. Etwas fordern und sich evtl. es auch symbolisch zu nehmen, etwa ein leerstehendes Haus für Wohnungslose, gehört genauso zum Repertoire wie die geschickte Mobilisierung von Öffentlichkeit und die zähe Verhandlung mit den Behörden.

6. These: Systemveränderung als direktes Ziel ist keine ermutigende Perspektive für Sozialarbeit. Aber auch Sozialarbeit als Einstieg in eine Karriere der Beratungs- und Therapiegesellschaft ist keine akzeptable Lösung. Ich glaube es ist gut, wenn ich als Sozialarbeiter Teil eines Projekts mit mittlerer Reichweite bin. Nenne es Projekt Humanisierung, Lebendigkeit, Menschenwürde o.ä. und gebe genauer an, in welchem Teilbereich ich versuchen möchte, es in Angriff zu nehmen. Ich darf daran glauben, daß es durch Phasen der Niederlagen hindurch doch gelingt. Als Theologen sprechen wir von präsentischer und futurischer Eschatologie: Das Reich Gottes ist schon bei uns und es steht gleichzeitig noch aus. Dort, wo eine Teilreform gelingt, ist die bessere, die gute, gerechte, von gleichen Chancen bestimmte Gesellschaft schon Gegenwart, ein Stück davon da. Das ist das Prinzip Hoffnung der Sozialarbeit, darauf zu vertrauen, daß die Hoffnung eine Entsprechung in der Sozialarbeit hat und daß sie sich zunehmend auch in der sozialarbeiterischen Praxis verwirklicht.

Der Sozialarbeiter in einem kapitalistischen Sozialstaat wie der Bundesrepublik muß als einzelner wie in der Organisation

seiner Berufsgruppe ein bewußter Forscher seiner eigenen Praxis und seines Berufsstandes werden. D. h.: er muß herausfinden, warum er was mit welchem Erfolg tut, um nicht mehr oder weniger bewußtlos immer den jeweiligen sozialarbeiterischen Moden nachzufolgen. Gerade weil Sozialarbeit mit ihrer helfenden und gelegentlich auch heilenden Praxis für die Erträglichkeit, ja für die relative Menschlichkeit des kapitalistischen Sozialstaats verantwortlich ist, muß sie wissen, was sie tut und bewirkt. Innovation in der Sozialarbeit (und das heißt jede Teilreform) sollte nicht eine Folge von Stimmungen und Moden sein, sondern beginnen mit genauer Erforschung der eigenen Praxis. Wie man als Sozialarbeiter die jeweiligen Moden unreflektiert mitmachen kann, das hat Siegfried Stasik hübsch ironisch und selbstkritisch beschrieben (in Neue Praxis, Heft 4, 1991).

Forscher der eigenen Praxis zu werden, Handlungsforscher mit einem weitgehend naturwissenschaftlichen Zugang zur eigenen Praxis, das mag fremd klingen und auch fremd sein. Der Erfinder der Handlungsforschung, Kurt Lewin, hat aber diesen Zugang bewußt gewählt und auf Beziehungen zwischen Gruppen angewendet. Der Sozialforscher entwirft einen Plan, prüft ihn, führt ihn aus, prüft ihn wieder, ändert den Plan (nicht mit der Skepsis Brechts: ja mach' nur einen Plan). So ergibt sich eine Spirale von Schritten, deren jeder aus einem Kreis von Planung, Handlung und Tatsachenfindung über das Ergebnis der Handlung zusammengesetzt ist. Ich denke, diese forschende Haltung ist wichtig. Sie braucht Zeit zum Nachdenken und nicht zu viel Handlungsdruck. Helfen kann uns vielleicht die Einsicht, daß wir ja nicht der Messias sind, der alles zum Guten wendet oder der Atlas, der alles Leid der Welt tragen muß.

Und noch eine zweite wichtige Erinnerung: Ich muß mir als Sozialarbeiter im

wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus über meine Funktion im klaren sein. Meine Funktion ist begrenzt, sie ist zugleich systemstabilisierend und humanisierend, sie hat untergeordneten flankierenden Charakter und trotzdem ist sie wichtig, und ich brauche mich ihrer nicht zu schämen. Soziale Arbeit in einem wichtigen Dienstleistungssystem hat mit dem sozialen Unten, mit dem Drop-outs zu tun. Diese Dienstleistungssysteme lösen ihren Anspruch auf gerechten Zugang für alle nicht ein und da setzt Sozialarbeit an. Das mag nicht immer eine gute Rolle sein, muß einen aber auch nicht wehleidig machen.³

Zum Schluß: der Engel der Geschichte der Sozialarbeit und der unscheinbare Gott. Vom Engel der Geschichte heißt es in Benjamins geschichtsphilosophischen Thesen: „Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm“ (W. Benjamin, Illuminationen, Frankfurt 1961, 272 f)

Ein ebenso großartiges wie pessimistisches Bild. Die Geschichte trägt die Signatur der Katastrophe, des Trümmerhaufens. Sofern Sozialarbeit im großen Maßstab in die Katastrophengeschichte des 20. Jahrhunderts eingetreten ist, hat sie die hilflose Geste des Engels übernommen und mit Handlung erfüllt: Sie hat Zerschlagenes zusammgefügt und zum Leben erweckt. Sie hat dies getan, ohne damit dem Geschichtsprozeß eine Wendung geben zu können. Dank Sozialarbeit aber hat die Erde wohllichere Nischen und Höhen, ist sie menschenfreundlicher geworden. Gott

der Menschenfreundliche, – begegnet er uns nicht im Engel der Sozialarbeit? So frage ich als einer, der nicht mehr sagen mag, Gott ist für den Sozialismus, gegen das Kapital. Ich mag das nicht mehr sagen, weil es mir zu abstrakt und zu pauschal ist. Sicher, es ist richtig zu sagen mit der jüdisch-christlichen Tradition: Gottes Gottheit ist an die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit gebunden. Aber ich möchte es kleiner, schwächer, barmherziger sagen. Gottes Gottheit und damit die Menschlichkeit der Sozialarbeit ist gebunden an die alten Werke der Barmherzigkeit, die auch Gottes Werke sind und die bestehen darin, den Hungernden zu speisen, den Nackten zu kleiden, den Gefangenen zu besuchen, den Trauernden zu trösten, dem Wohnungslosen eine Wohnung zu geben und den Flüchtling aufzunehmen. Wenn wir das schaffen, mit und ohne professionelle Sozialarbeit, dann haben wir schon viel getan.

- 1 Vortrag vor der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit in Dresden, November 1993
- 2 Das klingt wie eine zwar ideale aber kleinteilige, überschaubare pragmatische Utopie, leicht zu realisieren. Natürlich geht es selbst bei diesem begrenzten lokalen Ansatz sozialer Arbeit eine Menge Schwierigkeiten zu überwinden. Mißtrauen und Schwerfälligkeit der sozialen Bürokratien sind da vor allem zu nennen. Wenn eine Gruppe von SozialarbeiterInnen ihren Arbeitsansatz ändern will, kann die Behörde problemlos erreichen, daß ein solches Vorhaben in Papieren und Ausschüssen sich buchstäblich festläuft. Um so wichtiger die Hartnäckigkeit der freien Träger, die ihren MitarbeiterInnen den Raum für diese Veränderung nicht nur belassen, sondern auch immer wieder verschaffen, u. U. auch in Konfrontation mit der staatlichen Bürokratie. Schwierigkeiten aber gibt es aber auch bei den Professionellen selbst »das war immer schon so gewesen, da könnte ja jeder kommen«. Die zur zweiten Natur gewordene reaktive Haltung ist ebenso schwer zu verändern, wie die pädagogische Einstellung der SozialarbeiterInnen. Der Streß sozialer Arbeit

im Alltag ist ja gerade durch Regelmäßigkeit und Routine besser zu ertragen. Neuorientierungen hingegen bedeuten Unsicherheit, Begegnung mit dem Chaos und das macht Angst. Es ist dies übrigens nicht nur ein Problem für ältere SozialarbeiterInnen. Auch BerufsanfängerInnen scheuen den Weg der riskanten Erneuerung und Selbsterprobung und sind nach kurzer Zeit schon in erprobten Verhaltensmustern und Arbeitsmustern festgefahren.

3 Was ich mir klarmachen muß:

1. Sozialarbeiterische Teilfunktionen haben zweitrangigen, ergänzenden Charakter. Das läßt sich an der Zwischenstellung belegen, die in etwa Sozialpädagogen in der Schule haben wie an ihrer Stellung zu Ärzten und zu Therapeuten, Richtern und Staatsanwälten, in der Kirche zu den Pastoren. Sozialarbeit im Gesundheits-, Justiz-, Schul-, Kultur- und Kirchenwesen ist es, fünftes Rad am Wagen zu sein (vgl. B. Müller, Soziale Arbeit und die 7 Schwestern, in: Neue Praxis 1992, 101 ff)
2. Dienstleistungssysteme werden um so sozialpädagogischer, je stärker sie Anfeindung und Selbstzweifel hinsichtlich ihrer Wirksamkeit ausgesetzt sind. So ist die Psychiatrie sozialpädagogischer als die Allgemeinmedizin, die Hauptschule sozialpädagogischer als das Gymnasium. Sozialarbeit hat mit dem schlechten Gewissen der Dienstleistungssysteme zu tun, ihre Ansprüche nicht einzulösen. Ihre Alibi- und Lückenbüßerfunktion verweist auf die Lücke, die da tatsächlich besteht; insofern nimmt Sozialarbeit auch ein Kapitel Stellvertretung wahr.
3. Sozialarbeit geschieht eher in den unteren Bereichen der jeweiligen Dienstleistungssysteme, ihre Adressaten sind die unterprivilegierten Nutzer. Das hat mit ihrer materiellen Armut zu tun, und insofern steht sie immer noch in der historischen Kontinuität der Kompensation von Armut. Soziale Arbeit ist immer noch Vermittlerin zwischen denen, die haben und dazugehören, und denen, die nicht haben und nicht dazugehören. Sie hat Aufgaben nach beiden Seiten, einerseits sich zu öffnen und andererseits sich integrieren zu lassen und dabei die Gefahr der Heuchelei zu vermeiden, die Dießenbacher dem Wichern'schen Sozialarbeiter bzw. Missionar vorgeworfen hat. Ziel von Sozialarbeit war es auch, die menschenfeindlichen Strukturen der Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsbürokratie zu humanisieren. Ihr unfreiwilliges Ergebnis war die Pädagogisierung der Klientenbezüge. Aus dieser Erfahrung ist zu lernen.

H. Ihmig

Diakonie als Kundenservice?

Zu Marktorientierung und Eigensinn der Diakonie¹ (Teil 1)

Auf breiter Front hält derzeit marktwirtschaftliches, näherhin betriebswirtschaftliches Denken Einzug in soziale Einrichtungen. Diakoniestationen, Beratungsstellen, ja sogar Kirchengemeinden und Behörden werden in Dienstleistungsbetriebe umgewandelt, die in der Konkurrenz mit anderen Anbietern um die Gunst der Kunden ihre Produkte zu verkaufen und ihre Mitarbeiter zu kundenfreundlicher Leistungserbringung nach Qualitätsstandards zu motivieren suchen.² Das solche Umstrukturierungen an- und beratende Gewerbe hat mitten in der Krise Konjunktur, Soziales Management ist Bestseller. Auch Diakonie schlüpft aus ihrem altbackenen Dienstethos und ihrem Anstaltsgehäuse und verjüngt sich zu schlanken Service-Unternehmen. Dienen wird zu Dienstleistung modernisiert.

Nun ist schon am neumodischen Sprachstil erkennbar, daß das „neue Steuerungsmodell“ nicht auf ihrem eigenen Boden gewachsen ist, sondern von profitorientierten Unternehmen aus in Nonprofit-Organisationen implantiert wurde. Wieso eigentlich soll Diakonie sich mit einem Mal statt an den Straßenszenen zwischen Jerusalem und Jericho an Toyota orientieren, statt an dem Samariter, der einem unter die Räuber Gefallenen aufhilft, und dem blinden Bartimäus, der um sein Leben schreit und Gehör findet, am Fabrikationsmodell von lean production und lean management, statt am Tischdienst des Herrn unter Armen am lean service eines Markts für Zahlungskräfte? Wie kommt es, daß nun auch Diakonie Produkte herstellen, ihre Qualität sichern, ihre Preise kalkulieren,

daß sie Kunden werben und gegen Konkurrenten Marktanteile erobern oder behaupten soll und will?

1. Marktorientierung – Kontext und Beweggründe

Die Beweggründe, die Diakonie zum Markt hin in Gang setzen, sind zwiefältiger Art: sie bestehen in einer Nötigung und in einer Verlockung.

1.1. Die Nötigung

Die neuere Sozialgesetzgebung baut die bisherige Sonderstellung der Wohlfahrtsverbände auf Grund des sie begünstigenden Subsidiaritätsprinzips ab und setzt sie der Konkurrenz privater Anbieter um staatliche Mittel und um Versicherungsleistungen aus. Mit der Novellierung des §93 BSHG in Zusammenhang mit dem 2. Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms „ist der Grundstock gelegt für die Abkehr vom Kostenerstattungsprinzip hin zu einem preisorientierten Entgeltsystem“³. Wirtschaftlichkeitsprüfung, Qualitätssicherung und leistungsgerechte Vergütung werden im Pflegeversicherungsgesetz (§§79ff) bereits näher geregelt, für das Gesundheitswesen ist das schon zuvor erfolgt. Diese gesetzlichen Vorgaben machen in ihrem Wortlaut kein Hehl daraus, daß sie der Kostenbegrenzung im Bereich sozialer Hilfen dienen.

Die gleiche sarpolitische Absicht ist auch bei der Durchsetzung des „Neuen Steuerungsmodells“ im Hamburger Kontext offensichtlich. Der Rechnungshof der FHH hatte bereits 1989 „Kontrolldefizite“

bei der Gewährung von Zuwendungen moniert und Erfolgskontrollen angemahnt. Der Senat betreibt daraufhin eine Reform der öffentlichen Verwaltung durch „Übertragung privatwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente“. Erfolgskontrollen sind dabei „wesentlicher Bestandteil des Gesamtkonzepts“, um eine effiziente Verwendung von Haushaltsmitteln sicherzustellen.⁴ Im Zusammenhang der „Haushaltskonsolidierung“ und einer „dramatischen Situation der öffentlichen Haushalte“ meint dies im Klartext die Festschreibung oder Kürzung der Ressourcen. Unter dem Druck der Finanzbehörde scheinen sich nun die Fachbehörden in einen Wettlauf zu begeben, um sich selbst „an die Spitze der Bewegung der Entwicklung von Instrumenten der Erfolgskontrolle zu setzen“. Obwohl von Hause aus ein Management-Modell⁵, wird das Dienstleistungsmodell derzeit vom „System der internen Verwaltungskontrolle“ aus zur Kostenbegrenzung eingeführt und über die Vergabe öffentlicher Mittel für soziale Arbeit maßgeblich gemacht. Damit kommen in der Verwaltung selbst betriebswirtschaftliche Instrumente und Denkweisen zum Zuge und werden über die Vergaberichtlinien den Einrichtungen sozialer Hilfe aufgenötigt.⁶

Die Einführung des neuen Steuerungsmodells läßt sich als Verschiebung im Programmtyp charakterisieren, als Übergang vom Konditionalprogramm mit Regelkontrolle hin zum Zweckprogramm mit Erfolgskontrolle: „Für das traditionelle deutsche System der internen Verwaltungskontrolle bedeutet dies die Abkehr von den primär nachträglichen Kontrollen der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit zu Kontrollverfahren, die in den Vollzugsvorgang und bereits in den Entscheidungsprozeß hineinreichen und eine Ergebniskontrolle beinhalten“⁷. Diese „zukunftsorientierte Steuerung und nachgehende Kontrolle“, auch Controlling genannt, ist somit für die von

Zuwendungen abhängigen Einrichtungen anders als für marktwirtschaftliche Unternehmen nicht Verfahren ihrer Selbststeuerung, sondern Mitvollzug ihrer verwaltungsmäßigen Kontrolle.⁸ Von Seiten der Verwaltung dient dieses marktwirtschaftliche Modell dazu, die externe Kontrolle (des Rechnungshofs, der Finanzbehörde, der Fachbehörden) in eine interne Kontrolle umzusetzen; genauer: die externe Kontrolle mittels Verfahren der Selbstkontrolle zu realisieren. Das vermeintliche Dienstleistungsmodell ist tatsächlich eine Mixtur von öffentlicher Verwaltung und Markt, wobei die Marktelemente eine kostengünstige Mittelverwendung sichern sollen.

Das Hamburger Beispiel illustriert, daß der Siegeszug des „neuen Steuerungsmodells“ sich keineswegs eigenwüchsig aus Motiven der Sozialarbeit und Diakonie ableiten läßt, sondern den Einrichtungen auf der Grundlage gesetzlicher und behördlicher Vorgaben auf dem Wege der Regulierung der Mittelvergabe aufgenötigt wird. Als effizienzorientierte Reform des Systems des internen Verwaltungskontrolle verankert, dient es der Behebung von „Kontrolldefiziten“ zum Zwecke der Kostenbegrenzung und wird über das Instrument der laufenden Erfolgskontrolle den nachgeordneten Einrichtungen auferlegt. Ich sehe seine Einführung im weiteren Kontext der Tendenz, die Kosten erwirtschafteter Notlagen auf die Betroffenen und ihre Solidargemeinschaften abzuschieben, eine wirtschaftlich betriebene Kostenverschiebung, zu der der Staat Beihilfe leistet⁹. Die soziale Komponente der Marktwirtschaft, die immer nur als marktkonforme geplant war, steht heute ja nicht nur unter dem Beschuß der Wirtschaftsverbände, sondern auch der Bundesregierung selbst.

Der Artikel wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt.

- 1 Dieser Aufsatz, den die CuS-Redaktion aus Platzgründen um die Mehrzahl der ausführlichen Fußnoten gekürzt hat, erschien ursprünglich in: A. Krölls hg., Neue Steuerungsmodelle. Der Einzug der Betriebswirtschaftslehre in der Sozialarbeit/Diakonie, Impulse-Werkstatt FH, Hamburg 1996.
- 2 So heißt es in einer Mitteilung der Geschäftsführung des Landesbetriebs der Krankenhäuser „Das Personalmanagement muß dafür Sorge

tragen, daß die Kundenorientierung/ Patientenorientierung der oberste Maßstab allen Handelns im Dienstleistungsunternehmen Krankenhaus ist. Die Beschäftigten sind durch gezielte Motivation für die Kundenorientierung zu gewinnen, um sie zu Motoren dieses zentralen Anliegens zu machen... Nur die Häuser werden sich dem zunehmenden Wettbewerb um Patienten erfolgreich stellen, deren Mitarbeiter/innen sich darüber im

Abo und Geschenk-Abo »CuS«

Seit 1948 erscheint die Vierteljahrszeitschrift der deutschen Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten: »Christ und Sozialist/Christin und Sozialistin (CuS)«

Das Jahresabo kostet DM 20,- (Ausland DM 25,-) incl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein »Förder-Abo« gedeckt werden, um das wir unsere LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30,-, DM 50,- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten beträgt zur Zeit DM 70,- pro Jahr; darin enthalten ist das Abo für »CuS« sowie der Mitglieder-Rundbrief. Beträge über DM 20,- sind steuerlich absetzbar.

An BRSD: c/o Martina Ludwig, Max-Küstner-Straße 10, 99894 Friedrichroda

Ich möchte Mitglied werden im BRSD (Bezug von »CuS« inclusive!)

Hiermit abonniere ich »CuS« ab Heft Nr.:

zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

zum Förderpreis von DM im Jahr.

Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von »CuS« ab Heft Nr.: bis

Heft Nr.: /bis auf Widerruf für

Name
und
Anschrift:

zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

zum Förderpreis von DM im Jahr

BestellerIn:

Datum: Unterschrift:

klaren sind, daß sie unmittelbar für die Qualität der Krankenhausleistung verantwortlich sind."

- 3 J. Allemeyer, Freie Wohlfahrtspflege und der Markt, in : Diakonie und Markt, Jahresbericht 1993/94 für den Landesverband der Inneren Mission e.V., S. 16.
- 4 Unter Erfolgskontrollen werden Kontrollen verstanden, die Information über den Grad der Zielerreichung, den Beitrag der Maßnahmen dazu und die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen geben.
- 5 Seine prägnanteste Form hat es in den Konzepten von lean production, lean management und lean administration gefunden.
- 6 Wenn Erfolgskontrollen „ausdrücklicher Bestandteil der Vergaberichtlinien und von Zuwendungsbescheiden werden“, werden den Zuwendungsempfängern „Auskunftspflichten über Indikatoren zur Erfolgsmessung und -beurteilung auferlegt“, Bürgerschaftsdrucksache 13, 8012, S. 3.
- 7 Im Rechnungswesen bedeutet dies den Über-

gang von der Kameralistik zur kaufmännischen Buchführung (Doppik).

8. Der diffuse, nicht exakt definierbare Begriff Controlling, in den 80er Jahren betriebswirtschaftlich eingeführt, meint jedenfalls eine laufende Überprüfung zielgerichteter Prozesse hinsichtlich ihrer Effizienz.
- 9 Zum Ausgangspunkt der Kostenverschiebung O. Negt: „Die rationalisierten Einzelbetriebe plündern das Gemeinwesen, ihre eingesparten Kosten übernehmen, weil der demokratische und soziale Rechtsstaat Verfassungsprinzip ist, andere; es ist ein ausgeklügeltes, auf organisierter Verantwortungslosigkeit beruhendes System der Kostenverschiebung, bei dem die öffentliche Armut in gleichem Maße wächst, wie sich der privatkapitalistisch angesammelte Reichtum wie ein Alp auf die Lebensverhältnisse der Menschen legt“; in: Die Krise der Arbeitsgesellschaft: Machtpolitischer Kampfplatz zweier „Ökonomien“, Aus Politik und Zeitgeschichte 4/1995, S.5.

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch »Alt-AbonnentInnen«).

KontoinhaberIn:

Anschrift:

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. widerruflich

eine einmalige Spende in Höhe von DM

die Abo-Gebühr für »CuS« von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM im Jahr von meinem

Konto bei der (Kreditinstitut)

BLZ Konto-Nr. einzuziehen.

Datum: Unterschrift:

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein Neu-Abo Alt-Abo

Christa Peter

Zum Gedenken an Marie Hirsch

Am 10. November des letzten Jahres ist Marie Hirsch im Alter von 93 Jahren gestorben, sie war nach August Rathmanns Tod das älteste Bundesmitglied. Kennengelernt haben wir Marie 1985. Damals entschlossen wir uns zu viert, in Berlin zur Gründung einer Regionalgruppe des Bundes aufzurufen und schrieben hierzu alle Berliner Einzelmitglieder an. Zum angesetzten Treffen erschienen nicht nur mehrere jüngere Interessierte, StudentInnen zu meist, sondern auch 2 Menschen, die den Bund noch aus seinen Kindertagen kannten, Aurel von Jüchen und eben Marie Hirsch. Die beiden Alten kannten und schätzten sich, blieben aber füreinander stets „Frau Dr. Hirsch“ und „Herr von Jüchen“, während wir uns sonst alle duzten und die beiden sich von uns ganz selbstverständlich „Marie“ und „Aurel“ nennen ließen. Maries körperliche Kräfte ließen zu diesem Zeitpunkt schon spürbar nach, sie mußte zu den Treffen abgeholt und wieder nach Haus gebracht werden, während der um ein Jahr ältere Aurel noch mit dem eigenen Auto fuhr. Bei unseren Diskussionen haben wir von den beiden, die ja verschiedene Richtungen des religiösen Sozialismus verkörperten, viel gelernt.

Beide waren nicht stehengeblieben in ihrem Denken, sie lasen viel, nahmen an Tagungen und Seminaren teil, schrieben Artikel (von denen viele in CuS erschienen) und betrachteten kritisch die bundesrepublikanische Wirklichkeit. Marie tat dies besonders wachsam. Sie war an Flüchtlingsfragen interessiert und engagierte sich bei amnesty international und im Berliner Flüchtlingsrat.

1987 führten 4 Mitglieder unserer Gruppe (Klaus Bajohr, Angela Böß, Sabine Schwarze und Christa Peter) mit Marie ein langes Interview. Dies ist bislang noch nicht veröffentlicht, einige Teile daraus sollen im folgenden zitiert werden. Über unseren Wunsch, etwas über ihre eigene und auch die Vergangenheit des Bundes zu erfahren, staunte Marie. An einer Stelle sagte sie: „Mich interessiert die Vergangenheit gar nicht mehr so stark. Mich interessiert viel mehr, was heute passiert. Bei uns sind die Rollen vertauscht, ihr interessiert euch für die Vergangenheit, ich mich für die Gegenwart“. Aber es lohnt sich, einen Blick auf Maries Vergangenheit zu werfen.

Aufgewachsen ist Marie in Edenkoben in der Pfalz. Ihr Vater besaß ein Sägewerk, in dem er etwa 20 Arbeiter beschäftigte. Die Familie gehörte somit zur kleinen Oberschicht des Ortes. Prägend für Maries Entwicklung wurde ihr Aufenthalt im Internat, in dem sie erste Kontakte zur Jugendbewegung bekam. Es handelte sich um die Freie Schulgemeinde in Wickersdorf im Thüringer Wald, gegründet von Gustav Wyneken und Paul Geheeb. Ziel dieser Reformschule war es, den gemeinsam unterrichteten Schülerinnen und Schülern Freude am Lernen und Lesen zu vermitteln. Dies sollte ohne Zwang geschehen. Neben dem Unterricht gab es ein breites Freizeitangebot, z.B. Wanderungen, gemeinsames Musizieren etc. Die Schule beteiligte sich am Treffen auf dem Hohen Meißner im Oktober 1913. Dort wurde mit der sog. Meißnerformel ein Bekenntnis zur Jugendbewegung abgelegt. („Die Freideutsche Jugend will ihr Leben vor eigener Verantwortung



Das Foto aus dem Jahre 1920 zeigt die 17jährige Marie im Familienkreis

nach eigener Bestimmung in innerer Wahrfähigkeit selber gestalten“.)

Als in der Weimarer Republik auch Mädchen die höhere Schule besuchen durften, holten ihre Eltern Marie nach Edenkoben zurück. Sie schloß sich einem Wandervogelbund an und widmete sich ganz der Jugendbewegung. „Ich las ihre Literatur und ging zu Treffen in der südlichen Pfalz. Einmal war dort sogar ein großer Bundestag oder Gautag, zu dem auch der Gauleiter aus Berlin kam. (Berlin war das Zentrum des Deutschen Wandervogels). Mein Vater ließ mich hingehen, wollte aber vorher wissen, mit wem. Deshalb lud er die Gauleiter aus Berlin und Wiesbaden zum

Essen ein, und als er sah, daß es nette Leute waren, ließ er mir freie Hand.“ Außer Wandern und Singen wurde in der Edenkobener Wandervogelgruppe, die nur aus Marie und 2 Freundinnen bestand, vor allem gelesen. Marie erinnerte sich z.B. an die Lektüre von Walter Flex, „Der Wanderer zwischen beiden Welten“, ein eindeutig kriegsverherrlichendes Buch. Später lernte sie verschiedene Arbeiterdichter, z. B. Karl Bröger, kennen und kam über Schriften von Walther Rathenau zur Sozialdemokratie.

Nach dem Abitur entschloß sie sich zum Studium der Nationalökonomie, eine für eine Frau in den 20er Jahren sehr ungewöhnliche Entscheidung. „Es war meine Sucht, diese Gesellschaft richtig zu untersuchen, um zu sehen, inwieweit sie sozialistisch werden kann. Angeregt wurde ich dazu durch die vielen sozialistischen Flugschriften, die ich zu der

Zeit las.“ Sie begann ihr Studium in Heidelberg, wo sie Kontakt zur örtlichen Neuwerkgruppe aufnahm.

Die eigentliche Neuwerkbewegung ging aus drei Gruppen hervor. Die erste Gruppe war ein Kreis um die Zeitung „Der christliche Demokrat“, die später in „Das neue Werk“ und 1922 in „Neuwerk“ umbenannt wurde. Dieser Kreis organisierte 1919 die religiös-sozialistische Tagung in Tambach, auf der Karl Barth mit seinem Vortrag „Der Christ in der Gesellschaft“ für Aufsehen sorgte. Die zweite Gruppe bildete sich um Eberhard Arnold, der mit Gleichgesinnten eine christlich geprägte Gemeinschaftssiedlung in Sannerz gründete. Die

dritte Gruppe bildete sich um die genossenschaftliche Siedlung auf dem Habertshof in der Nähe von Schlüchtern mit seiner 1924 von Emil Blum gegründeten Volkshochschule. Vor allem die jährlich abgehaltenen Pfingsttreffen hielten die Neuwerk-Leute¹ zusammen. „Diese Pfingsttreffen wurden von uns immer sehr ernst genommen, weil wir uns als Gemeinde verstanden. Deshalb war einer der Höhepunkte der Gottesdienst, den immer einer von uns abhielt.“ Eine feste Organisation mit Mitgliederlisten, Beiträgen etc. war das Neuwerk nicht. Organisatorisch gehörte Neuwerk nicht zum Bund der religiösen Sozialisten. Vor allem der Name Hermann Schafft stand für alle, die eine engere Anbindung an den Bund scheuten. „Neuwerk war ein loser Haufen, der sich um einige herausragende Menschen scharte. Nennen könnte ich da Emil Blum, Hermann Schafft oder auch Günther Dehn. Ansonsten spiegelte es das Aufbruchgefühl, unser Lebensgefühl und etwas von einer religiös-sozialistischen Atmosphäre wider. Es gab auch keine offiziellen Kontakte zwischen den Gruppen.“

Um die Heidelberger Neuwerk-Gruppe kümmerte sich vor allem Hans Ehrenberg. Er war damals Professor für Philosophie in Heidelberg. Marie besuchte seine Vorlesungen und hörte außerdem Karl Jaspers, der einen tiefen Eindruck auf sie machte, Friedrich Gundolf und Alfred Weber.

Ab 1924 setzte sie ihr Studium in Freiburg bei Eduard Heimann² fort. „In Heimanns Seminaren traf sich die ganze alte Jugendbewegung. Heimann hatte zu vielen von ihnen eine freundschaftliche Beziehung. Er ging einfach durch die Seminarräume und schaute, wer so da war und lud die, die sich bei ihm besonders engagierten, zu sich nach Hause ein. Auch mich fragte er, ob ich kommen wollte. Heimann hatte einen guten Kontakt zu Neuwerk, besonders zu Emil Blum, aber er bemühte sich nicht um die Gründung einer Neu-

werk-Gruppe, weder in Freiburg, noch später in Hamburg.“

1926 legte Marie ihr Diplomexamen in Freiburg ab. Später erinnerte sie sich an ihre Prüfung: „Ich kam wie immer damals sogar zum Examen 3 Minuten zu spät. Das nahmen mir die Prüfer aber Gott sei Dank nicht übel. Sie waren aber über eine Notiz in meinem Abiturzeugnis erstaunt, das ich meinen Examensunterlagen beilegen mußte. Da stand nämlich drin: „Ihr Betragen hätte zuweilen etwas gesetzter sein können, hat aber im übrigen durchaus entsprochen.“ Das fanden die beiden Prüfer sehr amüsant.“ 1926 folgte Marie Eduard Heimann nach Hamburg, um bei ihm zu promovieren. Das Thema ihrer Dissertation lautete „Zur Theorie des Konjunkturzyklus“. „Die Fakultät wollte mir für die Arbeit kein Summa, also nicht die beste Note geben, vermutlich deshalb, weil ich eine Frau war.“

Sie schloß ihre Promotion im Jahre 1928 ab, dem Jahr, in dem auch die Heppenheimer Tagung stattfand, an der Marie teilnahm. „Pfingsten 1928 trafen sich in Heppenheim an der Bergstraße etwa 80 Männer und Frauen zu einer „sozialistischen Aussprache“, wie es im Einladungsschreiben hieß. Eingeladen hatte ein Komitee, zu dem Emil Fuchs, Hendrik de Man, Karl Mennicke, Leonhard Ragaz, August Rathmann u.a. gehörten. Das Hauptreferat der Tagung zum Thema „Die Begründung des Sozialismus“ hielt Hendrik de Man, das Koreferat Eduard Heimann. Das zweite Thema der Tagung lautete: „Sozialismus und persönliche Lebensgestaltung“. Hierzu referierten Henriette Roland-Holst und Emil Fuchs. An der Tagung nahmen auch Martin Buber, Paul Tillich, Adolf Löwe und Emil Blum teil, das waren die bekanntesten. (Das Protokoll der Heppenheimer Tagung ist unter dem Titel „Sozialismus aus dem Glauben“ im Rotapfel-Verlag Zürich und Leipzig 1929 erschienen.)

Die Wohlfahrt in der Krise

Eine Uebersicht / Von Marie Hirsch

Wohlfahrt in der Krise (1930) ist ein Buch von Marie Hirsch, das die Wohlfahrt in der Krise behandelt. Es ist ein Buch, das die Wohlfahrt in der Krise behandelt. Es ist ein Buch, das die Wohlfahrt in der Krise behandelt.

Wohlfahrt in der Krise (1930) ist ein Buch von Marie Hirsch, das die Wohlfahrt in der Krise behandelt. Es ist ein Buch, das die Wohlfahrt in der Krise behandelt. Es ist ein Buch, das die Wohlfahrt in der Krise behandelt.

Wohlfahrt in der Krise (1930) ist ein Buch von Marie Hirsch, das die Wohlfahrt in der Krise behandelt. Es ist ein Buch, das die Wohlfahrt in der Krise behandelt. Es ist ein Buch, das die Wohlfahrt in der Krise behandelt.

Viele meiner Freunde waren in Hertenheim, eine ganze Menge Neuwerk-Leute, die sich ja durchaus zum religiösen Sozialismus zählten, aber nicht unbedingt zum Bund. Zu Kappes hätten wir uns positiv verhalten können, aber nicht zu Eckert (Erwin Eckert, damaliger Bundesvorsitzender). Eckert war ein Agitator. Er wollte orthodoxen Marxismus und Christentum miteinander verbinden, ohne jede Hemmung und ohne Reflexion. Dieses Unreflektierte hat mich abgestoßen und es hat eben auch den Berliner Kreis abgestoßen."

Nach Abschluß der Promotion war es für Marie sehr schwer, eine Stelle zu finden. Sie versuchte es zweimal in einer der neu aufkommenden Heimvolkshochschulen, zunächst bei Eduard Weitsch in Dreißigacker in Thüringen, danach bei Gertrud Hermes in Leipzig. Aber sie bekam jeweils nur kurze, befristete Verträge. Ein Jahr konnte sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Adolf Löwe in Kiel unterkommen. „Plötzlich hieß es: eine Frau auf einer solchen Stelle – das geht nicht! Da mußte ich aufhören, obwohl das ja eine sehr komische Begründung war.“ Drei Monate gab sie einen Bildungskurs auf dem Habertshof, dann begann sie Ende 1929 eine Ausbildung zur Fürsorgerin in Berlin. Eine neue Ausbildung schien die einzige Chance zu sein, endlich eine dauerhafte Stellung zu finden. Nach Abschluß dieser Ausbildung erhielt sie eine Stelle als Wohlfahrtspflegerin beim Bezirksamt Berlin-Prenzlauer Berg, aber zum 1.4.1933 wurde ihr befristeter Vertrag nicht wieder verlängert. Nach den Gründen hierfür befragt, nannte

Marie zum einen ihre SPD-Mitgliedschaft und zum zweiten die Tatsache, daß sie „nicht die richtigen 4 Großeltern“ gehabt habe. Daß ihr Vater, Richard Hirsch, Jude war und 1944 in Theresienstadt umgebracht wurde, erfuhren wir erst nach ihrem Tod von ihrem Neffen.

Ihre erneute Arbeitslosigkeit dauerte fast 2 Jahre, dann fand sie bei der Inneren Mission in Berlin-Friedrichshain eine Stelle als Fürsorgerin. Dort blieb sie mit Unterbrechungen bis 1947, davon 2 Jahre als Leiterin dieser Bezirksstelle. „Unsere Arbeit war eine Ergänzung zu dem, was die öffentliche Fürsorge machte, wir kümmerten uns um alte und kranke Menschen, Kinder und Familien. Inoffiziell haben wir auch getauften Juden geholfen. Wir besuchten diese Leute zuhause, dadurch war das Risiko geringer, als wenn sie zu uns ins Büro kamen. Um mich etwas zu schützen, trat ich damals in die NSV ein.“ (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, im Mai 1933 gegründete Organisation der NSDAP, zuständig für alle Fragen der Volkswohlfahrt und Fürsorge)

Unter dem Pseudonym Marie Kämpfer veröffentlichte sie 1933 zwei Aufsätze in der Zeitschrift „Neuwerk“. Sie setzte sich darin mehr oder weniger direkt mit dem aufkommenden Nationalsozialismus auseinander. Der erste Aufsatz behandelte „Fragen der politischen Ethik“ (vor allem zu Gogarten), der zweite war eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff des Politischen in der Staatslehre von Carl Schmitt.

Auch während der Nazi-Zeit traf sich der Berliner Neuwerk-Kreis bei Günther

Dehn. „Allerdings hatte der Kreis seine beste Zeit zwischen 1928 und 1931 gehabt. Jetzt waren unsere Zusammenkünfte als reine Bibelstunden getarnt, wir mußten sehr vorsichtig sein, um nicht Verdacht zu erregen. Als die gemeinsamen Treffen zu gefährlich wurden, trafen wir uns fast nur noch einzeln. Einmal, das war gegen Ende der Nazi-Zeit, fand ein Treffen bei mir in Friedrichshain in meinem kleinen Haus statt. Es kamen über 10 Leute – da mußten wir aufpassen, daß nicht alle zugleich ins Haus gingen.“ Auch zu Emil Fuchs bestand weiterhin Kontakt. Marie besuchte des öfteren seine Quäker-Andachten. „Es kamen auch Juden zu diesen Andachten, und dadurch ergaben sich gelegentliche harte Auseinandersetzungen mit der Gestapo. Doch Emil Fuchs unterwarf sich den Nazis nicht, auch nicht, als ihm KZ angedroht wurde, wenn er weiterhin Juden zu den Andachten zulasse.“

1944/45 mußte Marie ihre Tätigkeit bei der Inneren Mission unterbrechen – die Gestapo hatte sie zu Schipparbeiten verpflichtet, sie mußte Bombenkandelaber freischippen. In Berlin erlebte sie das Kriegsende und den Einzug der russischen Armee. Sie arbeitete zunächst weiter bei der Inneren Mission und bekam 1947 zwei Angebote der Stadt: „Ich konnte wählen zwischen einer Anstellung als Sozialreferentin im Rathaus Steglitz und einer Anstellung als Leiterin der Kulturabteilung bei der Stadt. Da ich genug von der Sozialarbeit hatte, habe ich mich für die Bibliotheksarbeit entschieden und arbeitete dann in der Mauerstraße in Ostberlin. Bei der Stadt mußte ich Bücherlisten von Leuten, die nach Westdeutschland zogen, überprüfen und mit der Aussonderungsliste der Russen vergleichen. Eine ganze Dienststelle führte diese Arbeit aus. Für den Aufbau der Volksbücherei mußten wir antifaschistische Literatur anschaffen. Erst nach der Spaltung der Stadt, 1948, haben wir westliche Maß-

stäbe an die Kulturpolitik anlegen können und waren freier in der Auswahl der Bücher. Nach der Spaltung der Stadt arbeitete ich wie viele andere im Westsektor, blieb jedoch zuerst im Ostsektor wohnen und gehörte somit zu den sog. Grenzgängern. Ich traf diese Entscheidung, im Westsektor zu arbeiten, da ich glaubte, daß im Ostsektor die Meinungsfreiheit auf Dauer nicht gewährleistet sei.“

Nach dem Krieg gab es nur noch ein einziges Treffen ehemaliger Neuwerk-FreundInnen, 1946 in Treysa, auch der Berliner Neuwerk-Kreis kam nicht mehr zusammen. Die ehemaligen Habertshöfer dagegen kamen zu regelmäßigen Treffen zusammen und Marie fuhr ab 1970 zu ihren Zusammenkünften. 1976 trat sie dem wiederbelebten Bund bei.

Sie wohnte bis zuletzt in ihrer eigenen Wohnung in Berlin-Steglitz.

- 1 Marie schrieb in CuS 4/1978 über „die Bewegung des Neuwerk“. Dieser Text ist gegen 3,- DM in Briefmarken bei der CuS-Redaktion zu erhalten.
- 2 1889 – 1967. Volkswirtschaftler. 1925 bis 1933 Prof. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Hamburg. 1933 Emigration in die USA. Heimann gehörte dem „Berliner Kreis“ an und war 1930-1933 neben Paul Tillich, August Rathmann und Fritz Klatt Herausgeber der „Neuen Blätter für den Sozialismus“. Über ihren Lehrer hat Marie viel geschrieben. Ein Beispiel hierfür ist ihr Beitrag „Demokratischer Sozialismus im Blickfeld der biblischen Religion. Zu Eduard Heimanns Sozialphilosophie“ in CuS 3/1987.



die uns interessieren

Heinz Röhr

Der Ruf der Religionen

Ausgewählte Aufsätze

diagonal-Verlag Marburg 1996, ISBN 3-927165-44-1, 284 Seiten, 48,-DM

Es ist eher eine Ausnahme, daß CuS akademische Festschriften rezensiert. In diesem Fall freut sich der Rezensent, kann er doch auf diese Art und Weise unserem Bundesgenossen Heinz Röhr zum 65. Geburtstag gratulieren.

Heinz Röhr, emeritierter Frankfurter Theologieprofessor, beging im letzten Jahr ein zweifaches Jubiläum. Am 20. Mai wurde er 65 Jahre und am 1. März war er 35 Jahre Mitglied unseres Bundes. Als Student kam er durch seinen Lehrer Georg Wünsch, der im Weimarer Bund der rel. Sozialisten einer der exponiertesten Theologen war, mit dem religiösen Sozialismus in Kontakt. In unserem Bund war er seit Oktober 1968 Mitglied des Bundesvorstandes und ständiger Autor in „Christ und Sozialist“. Als es 1977 im Bund zur Ablösung des seit 30 Jahren amtierenden Vorsitzenden Heinrich Schleich kam, war Heinz Röhr stellvertretender Bundesvorsitzender. Daß es eine Wiederbelebung des Bundes durch neue Mitglieder aus Bielefeld und Bochum gab, verdanken wir auch ihm.

Einige seiner Schüler haben zu seinem 65. Geburtstag einen Band mit seinen Aufsätzen herausgegeben. Die Festschrift besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil ist dem

Religionswissenschaftler und Mystiker Röhr gewidmet. Besonders gefallen hat mir ein Aufsatz über „Islamische Mystik“ aus dem Jahr 1991. Für den Gegenstand dieses Themenheftes von CuS sind seine Arbeiten über Fragen des rel. Sozialismus und der politischen Theologie besonders wichtig, die zwei Drittel des Buchumfangs ausmachen. Alle seine hier wieder gedruckten früheren Aufsätze sind auch heute noch lesenswert und wichtig für die Herausbildung einer religiös-sozialistischen Theorie und Identität. Heinz Röhrs Schrift aus dem Jahr 1962 über „Pseudoreligiöse Motive in den Frühschriften von Karl Marx“ ist heute vielleicht aktueller als damals. Den Aufsatz über den „Bund der religiösen Sozialisten nach 1945“ haben wir in CuS 2/1995 abgedruckt.

Was ich schade finde und beim Lesen sehr vermißt habe, ist die fehlende Einführung in den jeweiligen Aufsatz. So wäre etwa die Angabe, in welchem historischen und organisationspolitischen Kontext die Aufsätze zum rel. Sozialismus entstanden sind, gerade für jüngere Menschen interessant und würde die Einordnung erleichtern. Auch die seitdem eingetretenen Veränderungen gerade auch im heutigen

BRSD wären es wert gewesen, benannt zu werden.

Aber dies schmälert nicht den Wert des Buches. Heinz Röhr formulierte 1962 am Ende seiner Schrift „Pseudoreligiöse Motive in den Frühschriften von Karl Marx“: „Es dürfte bei unseren Überlegungen vielmehr klar geworden sein, daß es für uns Christen nur eine legitime Art der Begegnung mit dem Marxismus gibt, nämlich vorurteilslos

auf seine Botschaft zu hören und ihn dabei zu nehmen als das, was er ist <realer Humanismus> oder, um es mit Worten von E. Bloch zu sagen, <sich tätig begreifende Menschlichkeit>.“ Diese Erkenntnis gilt es zu bewahren und einer neuen Generation religiöser Sozialistinnen und Sozialisten mit auf den Weg zu geben.

Ulrich Peter

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten

RESO-Buch- und Papervertrieb Berlin

c/o Dr. Ulrich Peter

Fechnerstr. 18, 10717 Berlin

FAX 030/8612034

Für CuS-Abonnentinnen verbilligte Literatur zum Thema „Religiöser Sozialismus“ (Restauflagen) (Die Preise verstehen sich zuzüglich Porto und Verpackung.)

Teil II:

10. August Rathmann (Hg.) Zum hundersten Geburtstag von Eduard Heimann und Paul Tillich. Enthält u.a.: „Eduard Heimann. Von Marx und seiner <überwältigend großartigen Lehre> zum religiösen Sozialismus“ und einen Text von Paul Tillich „Mensch und Gesellschaft im religiösen Sozialismus“, der hier erstmals veröffentlicht wird und nicht in der Gesamtausgabe enthalten ist. 74 S. 1,-DM
11. Das Kreuz mit dem Frieden. 1982 Jahre Christen und Politik. Ein Bilderlesebuch. Mit Beiträgen u.a. von Helmut Gollwitzer, Heinrich Albertz und Dorothee Sölle., Elefantpress Berlin 1982, 240 S. A4. **Alter Preis: 29,80 DM Sonderpreis: 5,-DM**
12. **Arnold Haumann. Gott mit uns?** Zwischen Weltkrieg und Wende. (Biographie eines in der Friedensbewegung der Zeit zwischen 1950 und heute aktiven Theologen. Spannend erzählt.) Bonn 1992, 269 S. **Alter Preis: 28,-DM Sonderpreis 5,-**
13. Manfred Böhm: Gottes Reich und Gesellschaftsveränderung. Traditionen einer befreienden Theologie im Spätwerk von Leonhard Ragaz. Münster 1988, 314 S. **Alter Preis: 36,50- DM Sonderpreis: 15,- DM**

Einladung zur Mitgliederversammlung 1997 nach § 5 Abs. 1 der Bundessatzung

Am Freitag, 21. März 1997, ab 19.00 Uhr, und am Sonntag, 23. März 1997, ab 9.15 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des BRSD im Rahmen der Jahrestagung in der Evangelischen Jugendbildungsstätte Frauenberg, Alter Kirchweg 37, 36251 Bad Hersfeld, statt. **Vorgesehene Tagesordnung** ist: TOP 1 Wahl Versammlungsleiter/in und Schriftführer/in, TOP 2 Bericht des Vorstands und des Kassenprüfers, TOP 3 Diskussion zur gemeinsamen Presseerklärung der ICL und des Bundesvorstands „Wählt das Leben!“, TOP 4 Entlastung des Vorstands, TOP 5 Kirchentag, TOP 6 Ausblicke (weitere Vorhaben und Termine), TOP 7 Berichte aus den Gruppen und Regionen, TOP 8 Verschiedenes. Der Vorstand lädt alle Bundesmitglieder, aber auch Gäste, herzlich dazu ein.

Dorothee Sölle auf der Jahrestagung 1997

Vom 21. bis 23. März 1997 findet in Bad Hersfeld die Jahrestagung des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. statt. Unter dem Arbeitstitel „Wovon leben wir Linken?“ wollen wir uns mit dem Zusammenhang von Politik und Spiritualität beschäftigen. Dorothee Sölle hat zu unserer großen Freude als Referentin zugesagt. Darüber hinaus wollen wir, um Kraft für politische Aktivitäten zu schöpfen und unsere Gemeinschaft zu stärken, miteinander eine Form der Frömmigkeitspraxis, die Tagzeiteingebete, einüben. Zu diesem Ereignis und Experiment laden wir alle Interessierten ganz herzlich ein. Anfragen und Anmeldungen bis zum 21. Februar 1997 an die BRSD-Geschäftsstelle, Martina Ludwig, Max-Küstner-Str. 10, 99894 Friedrichroda, 03623/20 00 95.

Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben

Mitarbeit und Feier beim Kirchentag in Leipzig vom 18. bis 22. Juni 1997

Beim Leipziger Kirchentag hat der BRSD wie jedes Mal einen Stand auf dem Markt der Möglichkeiten. Wir werden unter dem Titel „Wirtschaften für das Leben, nicht für das Kapital“ informieren und diskutieren. Mit Cfs und ICL bilden wir eine Kooperation unter der Überschrift „Alternativen zum Kapitalismus!“ Außerdem wollen wir wieder gemeinsam mit Interessierten einen Gottesdienst feiern. Da uns die Kirchentagsorganisation aus Platzmangel dafür nicht zugelassen hat, versuchen wir eine eigene Planung. Bitte richtet Euch schon jetzt darauf ein, daß u.U. dieser Gottesdienst am Samstagabend des Kirchentags stattfindet, nicht nach der Beschlußlage am Donnerstag. Wer am Stand mitarbeiten möchte, wozu gerade neue Mitglieder herzlich eingeladen sind, möge sich bitte bald mit der BRSD-Geschäftsstelle, Martina Ludwig, Max-Küstner-Str. 10, 99894 Friedrichroda, 03623/20 00 95, in Verbindung setzen. Wer sich darüber hinaus über den Bund als Kirchentagsteilnehmer/in anmelden möchte, gebe bis 1. März 1997 Folgendes bekannt: Name, Anschrift, Alter, Beruf, ob sie/er einen Übernachtungsplatz im Gemeinschafts- oder Privatquartier wünscht, ob sie/er von Donnerstag bis Samstag Mittag- und/ oder Abendessen haben möchte. Der Preis für Dauerkarten beträgt um DM 140,-, erm. 80,-, für Eltern mit Kindern um 220,-, nachweislich Erwerbslose gratis. Für Ideen (Texte, Fotos, Plakate usw.) zur Ausstattung des Standes und zur Gottesdienstfeier sind wir sehr dankbar.

Autorinnen und Autoren

Hans-Jürgen Benedict ist Professor für ev. Theologie und Diakonie an der ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik des Rauhen Hauses in Hamburg.

Guido Dia war viele Jahre Gemeindepfarrer in Berlin-Kreuzberg und in der Evangelischen Berufsschularbeit Berlin. Seit dem Herbst 1996 ist er Pfarrer der Deutschen Evangelischen Gemeinde in Madrid.

Udo Fleige ist Lehrer für Evangelische Religion und Biologie und Redaktionsmitglied von CuS. Er lebt in Tübingen.

Harald Ihmig ist Professor für ev. Theologie und Diakonie an der ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik des Rauhen Hauses in Hamburg.

Christa Peter ist Religionslehrerin und Redaktionsmitglied von CuS. Sie lebt in Berlin.

Ulrich Peter ist Berufsschultheologe und Redaktionsmitglied von CuS. Er lebt in Berlin.

Rainer Pink ist Berufsschullehrer. Er lebt in Berlin.

Oliver Wildner ist Theologe und Redaktionsmitglied von CuS. Er lebt in Hamburg.

Demnächst: CuS im Internet!

<http://www.minda.de/cus/index.html>

E-Mail-Adresse der Redaktion: U Peter 2964@aol.com

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte.** Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, dafür aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser/innenbriefe. Wer regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Technik: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir keine Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf Diskette. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden

– Am liebsten in Word oder winword auf einer 3½-Zoll-Diskette, wobei der Text unformatiert sein sollte. Auch andere Textprogramme (z.B. wordperfect, works), soweit sie IBM-kompatibel sind, können wir verarbeiten

– Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinenaussage auf weißem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeitserleichterung bedeuten!

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Abonnement
und Retour:** BRSD,
c/o Martina Ludwig,
Max-Küstner-Str. 10,
99894 Friedrichroda

Streifbandzeitung
Gebühr bezahlt
F 4637 F

Helmut Gollwitzer

Warum bin ich als Christ Sozialist? – Thesen – (Auszüge)

Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.